

VORAN

ZUR SOZIALISTISCHEN DEMOKRATIE !

ÜBERREGIONALE MARXISTISCHE ZEITUNG FÜR SPD, JUSO UND GEWERKSCHAFTEN

DOPPELNUMMER
SOMMER 1974

Nr. 4 & 5

Preis DM 1,00

Für eine sozialistische Offensive !

Wende für die SPD noch nicht in Sicht



" Der neunte Juni wird der Anfang vom Ende des Stimmungstiefs der SPD und der Beginn des Wiederaufstiegs in der Gunst der Wähler sein " - meinte der niedersächsische SPD - Vorsitzende und "SPD-Linke" Peter von Oertzen kurz vor der Landtagswahl in Niedersachsen.

" Niedersachsen ist für die Partei nicht zu einem Debakel geworden. Der Abschwung wurde gestoppt und der Aufschwung ist möglich . " Diese Meinung vertrat der SPD-Vorsitzende Willy Brandt im Rahmen verschiedener Funktionärskonferenzen der SPD .

Peter von Oertzen sah in dem Landtagswahl - ergebnis des neunten Juni gar "einen wirk - samen Stopp des Abschwungs" und eine "hoff - nungsvolle Wende" zum Besseren hin"

INHALT

LPYS	S. 4
Mitterrand	S. 6
Regierungserklärung	S. 7
Portugals Revolution	S. 10
Arbeit macht krank	S. 12
Parteibasis	S. 17
Briefe	S. 18
In Erinnerung	S. 20

Trostworte der SPD-Führer wie diese können, wie wir meinen, zwar kurzfr - stig Teile der Mitglied- und Anhän - gerschaft der Sozialdemokratischen Partei trösten . Auf lange Sicht wird jedoch dadurch der Schock des bösen Erwachens der sozialdemokra - tischen Basis nach den Landtagswah - len in Hessen und Bayern im Herbst dieses Jahres noch vergrößert .

BÜRGERSCHAFTSWAHL HAMBURG			
	1972	1974	
SPD	673 470	469 656	= - 203 814 Stimmen
CDU	411 853	423 912	= + 12 059 Stimmen
FDP	138 529	113 930	= - 24 599 Stimmen
NPD	4 661	7 992	= + 3 331 Stimmen
DKP	6 937	23 185	= + 16 248 Stimmen
KPD M/L	-	3 001	= (kein Kandidat '72)
Wahlbeteiligung	92,2%	80,5%	= - 11,7 %

LANDTAGSWAHLEN NIEDERSACHSEN			
	1972	1974	
SPD	2 235 911	1 824 466	= - 411 445 Stimmen
CDU	1 988 720	2 070 709	= + 81 989 Stimmen
FDP	393 282	298 896	= - 94 386 Stimmen
NPD	22 907	27 233	= + 4 326 Stimmen
DKP	9 467	16 685	= + 7 218 Stimmen
Wahlbeteiligung	91,4%	84,5%	= - 6,9 %

Was sagen uns diese Zahlen? Eine genaue Untersuchung der Zahlen der abgegebenen Stimmen (im Gegensatz zu der Methode der bürgerlichen Psephologen, wo für das Fußvolk nur Prozentsätze betont werden) läßt folgende Schlüsse zu:

- das miserable Abschneiden der SPD ist in erster Linie auf Stimmenthaltung ihrer Anhänger zurückzuführen. In Niedersachsen beispielsweise verlor die SPD über 400 000 Stimmen (oder rund 18 % ihres Stimmenanteils von 1972) während die CDU nur 81989 Stimmen mehr erhielt. Die enttäuschten SPD-Arbeiter gingen also nicht zur CDU, blieben eher zu Hause.
- Die Zahl der CDU-Wähler nahm - absolut gesehen - in Niedersachsen gegenüber der Bundestagswahl von 1972 nur um 4% zu, also sehr geringfügig. Die CDU gewann gegenüber '72 weniger als 82'000 Stimmen mehr.
- Die DKP blieb - trotz gewaltigen Wahlkampfesatzes und ungeheurer Anstrengungen unbedeutend. Sie hat in Hamburg nur 5 % der SPD-Stimmen abwerben können; in Niedersachsen-trotz fast verdoppelter Stimmenzahl-fehlen ihr dort jedoch immer noch rund 2,4 Millionen Stimmen bis zur Mehrheit im Landtag. Obwohl man in der gegenwärtigen Krisensituation ein günstiges Abschneiden der DKP erwarten müßte, sehen die Arbeiter in ihr offensichtlich keine echte Alternative zur völlig unzulänglichen Politik der SPD-Führung.
- FDP wie SPD büßte Stimmen in den beiden Ländern ein; in Niedersachsen: rund 25 % ihrer Stammwähler wanderte ab - insgesamt fast 100 000 Stimmen!
- Die Arbeiterbewegung soll den Stimmenzuwachs der Neofaschisten mit Besorgnis betrachten, auch wenn sie im Augenblick keine direkte Gefahr darstellen; die NPD sammelt offensichtlich den harten Kern einer Stoßtruppe um sich, die in Zukunft gegen die Arbeiterbewegung benützt wird.
- Die Gesamtwahlbeteiligung ging gegenüber der Bundestagswahl erheblich zurück und ist ein Zeichen dafür, daß Hunderttausende Arbeiter nicht mehr für die Politik der SPD zu begeistern sind. Diese Tendenz wachsender Gleichgültigkeit gegenüber bürgerlicher Politik ist der Zwillingenbruder zunehmender Kampfbereitschaft auf betrieblicher Ebene Tausender vor allem jüngerer Arbeiter.
- Daß in dieser Situation die Sekten nichts anzubieten haben, erlebten wir in Hamburg. Eine linke Sekte - die "KPD/ML"-konnte mit ihren 3 001 Stimmen nicht mehr als eine Bescheinigung ihrer Bedeutungslosigkeit erringen.

Die SPD-Führung beurteilte den Ausgang der Niedersachsenwahl mehr oder weniger als eine 'deutliche Tendenzwende' für die Partei. Tatsache ist jedoch die, daß ,wenn die SPD bei den Landtagswahlen im Herbst genauso "gut" abschneiden wird,

- o die CDU in Hessen eine knappe absolute Mehrheit erringen wird
- o in Bayern die SPD unter 30 Prozent fallen wird.

Und das obwohl laut Peter von Oertzen vor der Niedersachsenwahl

- o "Disziplin und Solidarität in der SPD schlagartig wiedergekehrt" sind
- o "auf dem sogenannten linken SPD-Flügel ein Prozeß der Ernüchterung und Disziplinierung im Gange" ist !

NICHT DIE JUSOS TRAGEN DIE SCHULD

Obleich die akademische Ausdrucksweise und die theoretische Verwirrung vieler Jusos eine Verstärkung zwischen Jusos und Parteibasis bzw. Arbeitern oft unmöglich machen, zeigen doch sowohl Meinungsumfragen wie auch Gespräche mit der Bevölkerung und den Parteimitgliedern, daß Versuche der SPD-Spitze und besonders rechter Parteiführer wie Leber und Vogel, die Krise durch Disziplinierung und Beschneidung von kritischen Elementen in der Partei zu lösen, eindeutig fehlschlagen müssen. Umfragen beweisen, daß nicht die Furcht vor Verstaatlichung, Enteignung und Sozialismus den Ausschlag zu den schweren Wahlschlägen gegeben hat, sondern die Angst vor Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit und das Ausbleiben einer überzeugenden Antwort von Seiten der SPD-Führung und Regierung.

Eine weitere Lehre aus der Hamburgerschaftswahl sollte den basis- und praxisfernen SPD-Führern zu denken geben:

Die Freien Demokraten haben es in Hamburg mit einem nach links profilierten Programm - gegen Berufsverbote, für parteiliche Mitbestimmung, für den Null-Tarif, für Rüstungsabbau - geschickt verstanden, einen Teil der unzufriedenen Wähler abzufangen und mit 11,4 Prozent der abgegebenen Stimmen einen Achtungserfolg zu erringen: Daß Innenminister Gen-

DVZ 7.3.74

Dies widerspricht deutlich der Argumentation aller jener Sozialdemokraten, die glauben, man könne durch Anpassung an rechts das gegenwärtige Tief in der Wählergunst überwinden. Nicht eine möglichst gemäßigte SPD-Politik, die sich nur in wenigen relativ unbedeutenden Details von der CDU-Politik unterscheidet, wird von der Bevölkerung verlangt.



« Zwischenbilanz »

WELCHES REZEPT HAT SCHMIDT ???

In einer Epoche des stagnierenden Kapitalismus scheinen die regierungstragenden Sozialdemokraten in den verschiedenen Ländern Westeuropas kein anderes Rezept parat zu haben als das, Druck auf das Lebenshaltungsniveau der Arbeiterklasse auszuüben. Die Ideen von Keynes scheitern im entscheidenden Augenblick, wenn es darum geht, die Wirtschaft tatsächlich wieder anzukurbeln.

Äußerungen der SPD-Führung lassen nun erkennen, daß die Reformeuphorie von 1969 gänzlich gewichen ist. In seiner Regierungserklärung, auf die wir weiter unten in diesem Artikel eingehen werden, bringt Helmut Schmidt klar zum Ausdruck, daß nicht eine Verbesserung der Lebensqualität durch innere soziale Reformen auf dem Programm steht, sondern das Falllassen früherer Reformprojekte und die Beschränkung auf das Allernotwendigste.

Bundeskanzler Schmidt
Kontinuität
und
Konzentration
Regierungserklärung

Die BRD ist zwar noch eines der stabilsten Länder Westeuropas, die Prognosen für 1975 widersprechen jedoch dem Optimismus, der von der Bundesregierung hin und wieder gezeigt wird. Die BRD exportiert über 22 % ihres Sozialproduktes (Vgl. USA: 4 % !), die bundesdeutsche Industrie ist also in hohem Maße exportabhängig. Bei weiter anhaltender Tendenz, wie sie in Italiens außenwirtschaftlichen Maßnahmen sichtbar geworden ist, ist für 1975 ein Außenhandelsdefizit der BRD nicht auszuschließen.

Welche Antwort wird Helmut Schmidt dann zur Beschäftigung der Arbeiter finden ?? Wird er dann ebenfalls -- wie es sein englischer Kollege und Genosse Harold Wilson tat -- einen Lohnstopp verordnen und ohnmächtig den davonrennenden Preisen nachsehen, weil ihm die politischen und wirtschaftlichen Mittel völlig fehlen, die Großkonzerne (z.B. die Ölgesellschaften) zu bändigen?



Führende SPD-Kreise und nicht wenige SPD-Anhänger glauben daran, daß der "energische, tatkräftige und zupackende Macher" Helmut Schmidt in der Lage ist, die anstehenden Probleme zu lösen.

Ein Blick auf seine Regierungserklärung der "Kontinuität und Konzentration" zeigt, daß solche Hoffnungen Illusionen sind. Schmidt mag zwar gewöhnlich persönlichen Vertrauensvorschuß unter vielen Arbeitern genießen, er wird jedoch, da er ja die Politik seiner Vorgänger kontinuierlich fortsetzen will, sehr bald an die Grenzen stoßen, die einer Regierung im Kapitalismus gesteckt sind. Auch Schmidt steht vor der Alternative, die Krise für oder gegen die Arbeiter zu lösen.

Sehen wir uns einige Ausschnitte aus dieser Regierungserklärung an :

Andererseits müssen wir auch die Grenzen sehen; denn angemessene Erträge sind Voraussetzung für die notwendigen Investitionen in der Wirtschaft. Mit sinkenden Investitionen wäre weder der Volkswirtschaft insgesamt noch dem einzelnen Arbeitnehmer gedient.

Nur die fortwährende Modernisierung unserer Volkswirtschaft -- und das ist das, was mit Investitionen erreicht wird -- sichert und verbessert unseren Lebensstandard und die Leistungsfähigkeit auch des Staates für seine Bürger. Dazu bedarf es ausreichender Investitionen, nicht nur der privaten, sondern auch der öffentlichen Investitionen -- in den Gemeinden, in den Ländern und zu einem kleinen Teil auch beim Bund.

Ohne Investitionen kein Wachstum; ohne Investitionen keine Arbeitsplatzsicherheit, keine höheren Löhne und auch kein sozialer Fortschritt.

Wirtschaftliche Not und Massenarbeitslosigkeit haben einst das Feuer entfacht, in dem die erste deutsche Republik verbrannt ist. Dieser Lehre haben alle Regierungen zu folgen. Ihre Pflicht ist es, jene soziale Sicherheit und jene Gerechtigkeit fortschreitend zu

beeilen, ... ihr bereits verwirklichte Elemente gemeinsamen Handelns und wirtschaftlicher Zusammenarbeit voll funktionsfähig zu halten. Denn wir wissen, daß unser Wohlstand auch von der Funktionstüchtigkeit und von dem Fortbestand der Europäischen Gemeinschaft und des Gemeinsamen Marktes abhängt.

Wir brauchen deshalb eine stabile, eine stetige Weltwirtschaft. Wir brauchen freien Handel. Wir brauchen ein geordnetes, ein funktionstüchtiges Weltwährungssystem. Protektionismus ist eine Sackgasse. Deshalb sind wir für Vertiefung der währungspolitischen

Wir sehen mit großen Sorgen, die Maßnahmen, die einige Mitgliedstaaten in dieser Situation ergreifen, die zu einer Abschließung der europäischen Partner und ihrer Märkte gegeneinander führen könnten. Die Bundesregierung wird deshalb mit ihren Partnern nach-

Für alle Beteiligten muß aber auch klar sein: Die Wiedergewinnung wirtschaftlicher Stabilität kann und muß von den Regierungen und von den Parlamenten im wesentlichen in ihren eigenen Ländern durchgesetzt werden. Hilfe durch die Gemeinschaft -- das

Man kann unsere harte D-Mark nicht mit weichen Maßnahmen verteidigen.

Daß er die Wirkung seiner eigenen Rede nicht ernst nimmt, liest man aus dem letzten Zitat ab, daß die Bundesregierung die Interessen der westdeutschen Kapitalisten mit "harten Maßnahmen" verteidigen wird.

Schmidt verlangt von den kapitalistischen Nachbarn Verzicht auf ihre eigenen Interessen. Der freie Handel ist bekanntlich nur unter Wachstumsbedingungen möglich. Wenn Italien -- und bald Frankreich, England, Irland und Dänemark -- zu protektionistischen Maßnahmen greifen, bedeutet dies nur, daß die Kapitalisten mit Klauen und Zähnen ihren Marktanteil in der Krise schützen werden.

Schmidts Aufforderung zu freiem Handel bleibt somit völlig utopisch. Es gleicht der Aufforderung an einen Tiger, das Fleischfressen aufzugeben.

FORTSETZUNG SEITE 7

Die britischen Jusos

in Theorie und Praxis

Die britischen Labour Party Young Socialists hielten über Ostern, wie VORAN ! Nummer 2 bereits angekündigt, in Clacton on Sea ihre einwöchige politische Jahreskonferenz ab. Jungsozialisten aus allen britischen Arbeitsgemeinschaften sowie Jusos aus allen Teilen der Bundesrepublik und weitere zahlreiche ausländische Vertreter verbrachten diese Tage im Ferienlager mit Debatten, Diskussionen, Seminaren und intensiver Freizeitgestaltung.

Politische Kontakte zwischen einzelnen Arbeitsgemeinschaften in England und der BRD wurden geknüpft bzw. verstärkt.

VORAN ! hält es für wichtig, anhand der diesjährigen Jahreskonferenz auf die Politik und Arbeit der britischen LPYS näher einzugehen, nicht zuletzt deshalb, weil wir meinen, daß die britischen Genossen mit ihrer geleisteten Arbeit den Jusos weit voraus sind und viele deutsche Genossen, von der Woche in Clacton tief beeindruckt, dies uns bestätigten.

Darüber hinaus halten wir es für erforderlich, daß gerade zwischen Genossen an der Basis der einzelnen Sektionen der IUSY eine intensive Diskussion um die Aufstellung eines internationalen sozialistischen Kampfprogramms geführt wird.

Alljährliche unverbindliche Funktionärstreffs der Führer der jungsozialistischen Bewegungen reichen noch lange nicht aus, um die IUSY zur prägenden, leitenden Kraft im internationalen Kampf der Arbeiterjugend für die sozialistische Demokratie zu machen.

MOBILISIERUNG DER JUNGARBEITER

Schon ein erster Blick auf die Mitgliederstruktur der britischen Jungsozialisten läßt große Unterschiede zu den Jusos in der SPD erkennen.

Dreiviertel der LPYS Mitglieder sind Lehrlinge, Jungarbeiter, Angestellte, Arbeitslose, die meisten von ihnen aktive Gewerkschaftler. Ein Hundert Teilnehmer waren von ihrer lokalen Gewerkschaft nach Clacton entsandt worden. Das restliche Viertel der Mitglieder besteht aus Studenten, Schülern, Lehrern, Haus-

frauen usw. Diese Zahlen, d.h. das Verhältnis Arbeiter/Akademiker (bestenfalls eine Umkehrung des Verhältnisses bei den Jusos), sind nicht durch Zufall zustande gekommen. Wir meinen, daß es den britischen Genossen gelungen ist, auf marxistischer Grundlage Perspektiven und Programm auszuarbeiten und ein Jugendprogramm zur Mobilisierung der arbeitenden Jugend Großbritanniens aufzustellen.



Die LPYS haben uns vorge-macht, was es heißt, "Basismobilisierung zu initiieren, zu fördern und zu festigen, mit der Absicht, sie zu einem Bestandteil der organisierten Arbeiterbewegung zu machen, und diese damit weiter zu politisieren" - wie es der Münchener Bundeskongress fordert, freilich ohne den Genossen an der Basis wirklich praktische Hinweise zu geben.

Abstrakte Formulierungen haben bislang nichts bewirkt.

Die deutschen Jusos laufen weiterhin Gefahr, ihren Einfluß zu verlieren und zu einem bedeutungslosen basisfernen Verband im linken Spektrum der BRD zu werden. Allen Genossen, die diese drohende Gefahr sehen und abwenden wollen, d.h. die Jusos zu einer von der arbeitenden Jugend getragenen sozialistischen Organisation machen wollen, empfehlen wir, sich einmal die Politik der britischen Schwesterorganisation genauer zu betrachten.

Die bereits geschilderten Zahlen zur sozialen Zusammensetzung der LPYS finden ihren konkreten Ausdruck in der politischen Arbeit und dem Jahreshöhepunkt, der Konferenz über Ostern. Man vermißt akademische, abstrakte Formulierungen in den Debatten und Anträgen. Junge Arbeiter-als Delegierte ihrer Arbeitsgemeinschaft oder als Seminarteilnehmer- treten vor das Publikum und berichten über ihre Lebensbedingungen in Fabrik, Büro, Ausbildung und Freizeit. Die Anträge greifen überwiegend direkt brennende Probleme der britischen Jugendlichen auf: Preise und Löhne, Besteuerung, öffentlicher Nahverkehr, Arbeitslosigkeit, Wohnungsmisere, Gesundheitswesen, soziale Leistungen, Lehrlingsausbildung, Freizeitangebote, Armee.

Die Methode, mit der diese Problem-bereiche angegangen werden, stellt eine ideale Verbindung von Theorie und Praxis her. Dies verdeutlicht ein genauerer Blick in den "Charter for Young Workers", das Jugendprogramm, das die Grundlage der Mobilisierungsarbeit der LPYS darstellt. Alle innenpolitischen Anträge stellen mehr oder weniger eine Ergänzung der Übergangsmethode des Charters dar.

EIN ÜBERGANGSPROGRAMM FÜR DIE ARBEITENDE JUGEND

Der Charter selbst wird verstanden als ein Programm mit Forderungen, das sich mit den Hauptproblemen der arbeitenden Jugend heutzutage beschäftigt. Er greift viele der alltäglichen Probleme und Mißstände auf, die junge Menschen in Betrieb, Schule und Freizeit konfrontieren und stellt eine Verbindung zu noch größeren Problemen der gesamten Arbeiterklasse her. Er versteht sich als Übergangsprogramm, weil, wie es in der Einleitung dieses Programmes heißt, "ein ernster Kampf der Jugend um ein besseres Leben zwangsläufig an die Grenzen der Herrschaft des Profits" stößt.

Der Charter schildert in zusammengefaßter Form recht lebensnah die oben genannten Lebensbereiche der Jugendlichen, stellt eine Verbindung zur kapitalistischen Basis der Gesellschaft her und stellt gezielte Übergangsforderungen. Das sind Forderungen,

die direkt aus den dargestellten Mißständen zu folgern sind und jedermann als einsichtig und notwendig erscheinen und durchaus in der Labour Party und den Gewerkschaften anerkannt werden:

- o EINEN GARANTierten ARBEITS-PLATZ FÜR JUNGE UND ALTE ARBEITER! Niemand soll die Suppe auslöffeln müssen, die er sich nicht selbst eingebracht hat.
- o BEI KURZARBEIT SOLL DIE VORHANDENE ARBEIT UNTER ALLEN VERTEILT WERDEN BEI VOLLER LOHNFORTZAHLUNG!
- o AUSBILDUNG UNTER GEWERKSCHAFTLICHER KONTROLLE!
- o GLEICHER LOHN FÜR FRAUEN-ARBEIT!
- o ÖFFENTLICHER NAHVERKEHR ZUM NULLTARIF!
- o DEMOKRATISIERUNG DER AR-MEE MIT WAHL DER OFFIZIERE!

KAMPF FÜR DIE SOZIALISTISCHE DEMOKRATIE

Diese Forderungen tragen eindeutig den Charakter von Übergangsforderungen. Wollte man sie, obwohl sie so einfach klingen, ohne weiteres auf parlamentarischem Wege in die Praxis umsetzen, so stieße man sehr rasch an die Grenzen des kapitalistischen Systems selbst.

Im Rahmen eines Seminars speziell zu diesem Charter for Young Workers berichteten neben zwei Hauptreferenten zahlreiche junge Arbeiter über ihre Alltagsprobleme und Erfahrungen bei der Mobilisierung von Jungarbeitern gerade auf der Grundlage dieser konkreten Übergangsforderungen.

Nick Bradley, Vorsitzender der LPYS Groß-London: "Mit dem CHARTER haben wir sehr viele junge Arbeiter angesprochen, die sahen, daß mit ihren alltäglichen Problemen gerade wir uns befassen. Sie akzeptierten unsere aufgestellten Forderungen als ein-sichtig und notwendig. Aus der Struktur dieser Forderungen, sie sind nämlich Übergangsforderungen, folgte jedoch, daß sich diese Leute die Frage stellten, wie ei-gentlich solche Forderungen über-haupt zu verwirklichen seien."

Wir haben es fertiggebracht, auf der Grundlage eine Menge von Lehrlingen und Jungarbeitern für die aktive Mitarbeit in LPYS und Partei, das heißt für den Kampf um die sozialistische Demokratie zu gewinnen. Mit diesem Charter bieten wir der arbeitenden Jugend ein kampffprogramm an, das eine Brücke zwischen Minimal- und Maximalprogramm darstellt."

Joan Maynard, Mitglied im Labour-Parteivorstand und Führerin einer Landarbeitergewerkschaft: "Solange dieses kapitalistische System weiterbesteht, auf der Grundlage der Ausbeutung vieler durch wenige, wird die Jugend nie ihre gerechten Forderungen erfüllt kriegen. Wollte man nur im bürgerlichen Sinne "realistische" Forderungen stellen, so hieße das, daß man sich den gegenwärtigen Bedingungen, Zwängen, Profiten und Spekulationsraten unterwirft."

SPANIEN: SCHLÜSSEL FÜR DIE INTERNATIONALE ARBEITERBEWEGUNG

Über Fragen des Internationalismus und der Strategievorstellungen der LPYS unterhielten sich Jusos und Voran!-Mitarbeiter mit dem ersten Vorsitzenden der britischen Jungsozialisten, Andy Bevan.

Die englischen Genossen haben auch hinsichtlich der internationalen Situation Perspektiven ausgearbeitet, und diese zur Grundla-

Würde man jedoch nach dem unvermeidlichen Sturz Francos die Macht einem bürgerlichen Parlament übertragen und eine Volksfront bilden, wie es etwa die KP Spaniens will, so hieße dies zwangsläufig, daß man der Reaktion Zeit gibt, um ihre Kräfte zu sammeln, was dann Bürgerkrieg bedeuten würde.

Der schlechte Zustand der spanischen Wirtschaft schließt alle Hoffnungen auf einen Wandel in Richtung stabiler bürgerlicher Demokratie aus. Die Herrschaft des internationalen Kapitals in Spanien erfordert die Vereinigung des Kampfes der spanischen Arbeiterklasse mit der internationalen Arbeiterbewegung. Die spanischen Arbeiter haben sich von der Niederlage der Vergangenheit erholt.



ge ihres aktiven Handelns gemacht. In diesem Rahmen nimmt Spanien die Rolle eines "key to the international situation" (Schlüsselrolle für die internationale Lage) ein. Spanien wird aufgrund seiner wirtschaftlichen Schwäche in Zukunft weit mehr unter der internationalen Krise leiden als andere Länder. Dies kommt in der Außenhandelsbilanz und der Rekordinflation klar zum Ausdruck. Spanien ist das Land, in dem (außer Italien) die meisten Streiktage in Europa in den letzten Jahren zu verzeichnen waren. Streikwellen, Zusammenstöße von Arbeitern und Polizisten, Fabrikbesetzungen, Verhaftungen und Folterungen sind Ausdruck des aktiven Kampfes der spanischen Arbeiterklasse nicht nur gegen das Francoregime, sondern auch seine Hintermänner, die Multis, die sich zunehmend in Spanien niederlassen.

AKTIVE SOLIDARITÄT MIT DEN SPANISCHEN ARBEITERN

Auf der Grundlage dieser Einschätzungen der Situation in Spanien haben die britischen Genossen einen Sonderausschuß für Spanien ins Leben gerufen, eine Arbeitsgemeinschaft innerhalb der LPYS, die auch in der Mutterpartei und in der Gewerkschaftsbewegung Unterstützung findet.

Diese SYSDC (Spanish Young Socialists Defence Committee) hat es sich zur Aufgabe gesetzt, den britischen Arbeitern die Rolle Spaniens für Europa klarzumachen sowie Solidarität mit der spanischen Arbeiterbewegung, besonders auch materiell, zu erreichen und den internationalen Kampf gegen das Kapital zu erörtern und voranzutreiben. Andy Bevan: "Wir sehen und sehen eine Stärkung der

Gewerkschaften und Arbeiterparteien unter den schwierigen Bedingungen der Illegalität in Spanien. Die Mittelklasse leidet selbst unter der Herrschaft der Monopole und ist bereit, sich der handelnden Arbeiterklasse anzuschließen. Die herrschende Klasse Spaniens ist gespalten und verunsichert.

stischen Jugendinternationale wandeln und Fragen wie Spanien als zentral betrachten. Ich erwarte von den Jungsozialisten in der SPD, daß sie sich ebenso intensiv mit der spanischen Frage auseinandersetzen und konkrete Aktionen starten."

Genossen hörte man immer wieder Vergleiche zu trockenen oder chaotischen Bezirks- und Bundeskongressen in der BRD.

LPYS

Eine Aktion wie die SYSDC in GB ist bisher in diesem Umfang von keiner anderen Sektion der IUSY gestartet worden. Genosse Bevan bemängelte in dem Gespräch, daß sozialistische Jugendorganisationen wie etwa die schwedische und die bundesdeutsche, die zahlenmäßig viel stärker seien als die LPYS, bisher in der Frage Spaniens sich recht passiv verhalten hätten. " Sie haben viel mehr Geld als wir und könnten damit die spanischen Genossen materiell hervorragend unterstützen. Wenn sie sich hin und wieder zu Spanien äußern, so klingt dies mehr phrasenhaft, leer und emotional. Die IUSY muß sich vom internationalen "Jet-Club" zu einer soziali-

LPYS: VORBILD FÜR DIE JUSOS

Die LPYS zeichnen sich also als kämpferische Organisation der sozialistischen Jugend mit gut und nüchtern überlegter Marxistischer Theorie aus. Der erstaunlich hohe Grad an politischer Einigkeit und politischem Sachverstand und die gleichzeitig penibel aufrechterhaltene Diskussionsoffenheit auf der Konferenz waren für viele ausländische Gäste geradezu verblüffend. Unter den deutschen

Zahlreiche Städte und Regionen Großbritanniens (z.B. München-Edinburgh, Nürnberg-Glasgow, Mannheim-Swansea, Birmingham und Umgebung-Weserbergland) und der BRD haben haben auf Juso-Basis ebene Austauschpläne ausgearbeitet. Es gilt, diese wertvolle Arbeit in jedem Bezirk und Unterbezirk voll auszubauen und die internationale Diskussion über Strategie und Taktik fortzusetzen.

Bei Kontaktaufnahme sollen sich Vorstände in der BRD an das:
National Committee LPYS
Labour Party,
Transport House,
Smith Square,
LONDON SW 1,
England

wenden, und im Falle bürokratischer Schwierigkeiten oder Hindernisse bietet das Redaktionskomitee von "Vorant" seine Hilfe an.

Was will François Mitterand?

Der im Sommer 1972 vereinigte französische Linksblock ist durch die Ereignisse der Jahre 1973 und 1974 ungeheuer gestärkt worden. Bei den Präsidentschaftswahlen im Mai 1974 entfielen auf den gemeinsamen Kandidaten der Linken, den Sozialistenführer François Mitterand, knapp 49 Prozent aller abgegebenen Stimmen - das beste Ergebnis seit 1946.

Bei einer weiteren Verschärfung der wirtschaftlichen und sozialen Spannungen in Frankreich und Westeuropa ist es durchaus realistisch, anzunehmen, daß das französische Volksfrontbündnis in den nächsten Jahren die Mehrheit in der Nationalversammlung stellen wird. Starke linke Kräfte in der BRD -- die SPD-Linke, Jusos, DKP, SHB, MSB, DFU etc. -- kommentierten den Erfolg der französischen Linken sowie das Bündnis überhaupt meist mit recht unkritischer Sympathie und verbanden mit den Namen Mitterand und Marchais die Hoffnung auf einen politischen Wandel in Frankreich hin zum Sozialismus.

Vorant! wird in einer späteren Ausgabe ausführlich auf die Situation in Frankreich eingehen.

Wir wollen uns im Moment mit der Aufreihung von Zitaten und Fakten von und über François Mitterand begnügen, die einigen Genossen wohl zu denken geben werden.....hoffentlich!

* "Die französische sozialistische Partei, die für das Bündnis der Linken kämpft, wird... zweifellos von dem chilenischen Beispiel angefeuert."
(Mitterand nach seiner Rückkehr aus Chile im SHB-Organ "Frontal", April 1972)

* "Chile ist nicht Frankreich" (France Soir, 13.9.73)

Mitterand war Minister in elf Nachkriegsregierungen. Unter Premierminister Mendes-France (Juni 1954 bis Februar 1955) hatte er die Position des Innenministers inne, zur Zeit des Aufstandes gegen die französische Kolonialherrschaft in Algerien. Mitterand trug die Verantwortung des Niedermetzeln dieses Aufstandes, der eine Periode von acht Jahren Bürgerkrieg einleitete.

* "Die einzige Verhandlung ist der Krieg." (5.11.54)
(vor der Nationalversammlung in Paris)

** "Algerien ist Frankreich, und Frankreich kennt nur seine eigene Herrschaft." (7.11.54 im Radio.)

** "All diejenigen, die den Frieden stören und für eine Trennung (Algeriens von Frankreich) agitieren, werden mit ihren Verbündeten mit allen Mitteln geschlagen werden. Es ist nicht zulässig, daß ein Bürger revoltiert." (12.11.54 vor der Nationalversammlung)

Im Wahlkampf 1974:

5-Punkte-Programm für die Präsidentschaftswahlen:

"freiere Menschen, eine fairere Gesellschaft, eine stärkere Währung, ein brüderlicheres Volk, ein stärkerer französischer Präsident unter den Nationen." (Le Monde 10.4.74)

** "Ich betrachte in den meisten Fällen die Kapitalisten nicht als Feinde." (Radio Luxemburg)

** "Man kann mir Weichheit dem Kommunismus gegenüber nicht vorwerfen: meine Schriften und meine Taten -- insbesondere während den schwarzen Stunden von 1948 -- sechs Monate nach der Prager Tragödie (Machtübernahme der KP) sind Zeugen davon..." (Figaro 24.4.74)

"Ich will Präsident aller Franzosen werden" -

"Ich bin nicht gegen den Profit, er ist Motor der Wirtschaft."

"Ich bin kein Marxist und werde die N A T O sicherlich nicht verraten." (New York Times 17.4.74.)

François Mitterand - 1. Sekretär der Sozialistischen Partei Frankreichs, Kandidat der vereinigten Linken!

WANN ZIEHT DIE SPD ENDLICH KONSEQUENZEN ?

Die Reihe der Niederlagen der SPD in Hamburg, Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz, dem Saarland, Nordhessen und Niedersachsen droht durch weitere schwere Schlägen der Partei bei den kommenden Landtags- und Kommunalwahlen ergänzt zu werden. Wenn die bisher offensichtlich gewordene Tendenz im Wählerverhalten anhält, läuft die SPD Gefahr, ihre Regierungsführung in Nordrhein-Westfalen und Hessen zu verlieren.

Die Genossen von der Parteispitze haben, vom durchschnittlichen Arbeiterleben ganz und gar entfernt, die Lehren aus den jüngsten Wahlniederlagen nicht gezogen. Weitere Verluste sind deshalb nicht verwunderlich. Jeder Arbeiter und Gewerkschaftler weiß, was die Kollegen bedrückt.

Düstere Wirtschaftsprogno sen sind für viele Arbeiter zur bitteren Realität geworden. Kurzarbeit, Entlassungen und Rekordinflation greifen den Lebensstandard der arbeitenden Bevölkerung an. Die Tendenz zum sinkenden Lebensstandard hat sich dazu noch durch Steuerprogression und jetzt anlaufende Sparmaßnahmen der Haushalte verstärkt.

KAMPF UM ERHALTUNG DES LEBENSSTANDARDS

Angesichts der Realität des Jahres 1974 wirkt es wie ein Blick zurück in längst vergangene Zeiten, wenn man sich an das Jahr 1969 erinnert, als die erste sozialdemokratisch geführte "Regierung der inneren Reformen" antrat und der Genosse Willy Brandt eine Fülle innenpolitischer Reformen versprach, ein "Volk der guten Nachbarn" sowie "mehr Demokratie" wagen wollte.

Man hatte damals geglaubt, auf der Grundlage der kapitalistischen, unangetasteten Wirtschaftsordnung und mit Schiller'scher Marktwirtschaft einen stetig steigenden Wohlstand und eine gesicherte Existenz für alle "Bürger in einem sozialen Rechtsstaat" garantieren zu können. Das "neue Blatt der Geschichte", von dem Willy Brandt euphorisch gesprochen hatte, erwies sich als abgemilderter Kapitalismus mit einigen sicherlich positiven Sozialreformen, deren Finanzierung jedoch bald an die Grenzen der kapitalistischen Zwänge stieß.

Wenn auf der einen Seite die Arbeiter und Gewerkschaftler von den Auswirkungen der gegenwärtigen Wirtschaftskrise direkt betroffen sind u. andererseits die Führer der SPD nichts unternehmen, um eine breite Mehrheit für Maßnahmen gegen die Krise zu mobilisieren, im Gegenteil, wenn aus dem Munde von Brandt und Schmidt nur Maßhalteappelle, Drohungen und Sätze wie "Unser Land ist in Ordnung" zu hören sind, so sind die Wahlergebnisse dieses Jahres eine Quittung dafür, daß unsere Parteispitze völlig unfähig ist, sich in die Lage eines durchschnittlichen Arbeiters hineinzusetzen.

Brandt, Schmidt und Kühn können aus ihrer Sicht sie verdienen ja das Vielfache eines Arbeiterlohnes - ohne Bedenken zum Maßhalten oder zum Verzicht auf zweistellige Steigerungsraten zur Aufrechterhaltung des Lebensstandards aufrufen, obwohl sie nicht einmal in der Frage ihrer Diäten und sonstigen Einkommensquellen kleinlich sind.

Der Genosse Kühn bekommt beispielsweise nach Angaben der Wirtschaftswoche DM 214 053, wenn er seine Einkünfte als Ministerpräsident und als dreimaliges Aufsichtsratsmitglied zusammenzählt.



Für einen Arbeiter, der von Kurzarbeit, Entlassungen und enormen Preissteigerungen direkt und unmittelbar betroffen ist und sich auf allen Gebieten des Lebens ---- Lebensmittel, Auto, Urlaub, Hobby etc. - mit seiner ganzen Familie einschränken muß, wirkt es wie blanker Zynismus, wenn die Parteiführung nichts anderes zu bieten hat als die andauernden Hinweise, daß "wir am Ende des Inflationsgeleituzes hängen" und es ja den Italienern oder Engländern noch viel dreckiger ginge. Wenn die SPD - Führung nicht bald von dieser Politik der Blindheit und Illusionen abkehrt, wird sich der Bankrott der sozialdemokratischen Politik für jedermann offenbaren.

All diesen Schwierigkeiten zum Trotz gelang es im Bundestagswahlkampf 1972, bisher der SPD gleichgültig gegenüberstehende Arbeiter zur Stimmabgabe für die SPD und gegen die Offensive von Großkapital und CDU/CSU zu mobilisieren. Im Jahr 1974 haben sich eben diese Schichten der Arbeiterklasse wieder der Stimme enthalten.

Aus Wirtschaftswoche über den Vorgänger des 'sozialdemokrat magazin'

SPD: Teures Blatt Medienpolitik à la SPD. Das monatlang vorbereitete neue Mitglieder-Magazin „Einblick“ (Auflage: 900 000) fiel so aus, daß Parteichef Willy Brandt die jetzt erscheinene erste Ausgabe auf seinen Schreibtisch knallte und stöhnte: „Ach du lieber Gott!“

Präsidium und Vorstand der Partei wollen das Monatsblatt verreißen und es möglicherweise aussetzen, bis eine moderne Konzeption gefunden ist. Denn jeder „Einblick“ belastet die Parteikasse mit 400 000 Mark.

KRISE DER EG

Die gegenwärtige Krise ist -- damit stimmen wir mit dem Genossen Schmidt überein -- ein internationales Problem. Westeuropa, Amerika ebenso wie Japan sind von den gleichen Erscheinungen betroffen.

Die europäische Gemeinschaft, die auf kapitalistischer Basis bis zum nächsten Jahrzehnt die politische und wirtschaftliche Einigung Westeuropas herstellen wollte, erweist sich als zu einer echten Lösung völlig unfähig.

Im "Sozialdemokrat Magazin" 6/74 gesteht Finanzminister Hans Apel diesen zu Tage tretenden Bankrott ein und weist gleichzeitig auf eine "Lösung" hin:

Die Strukturunterschiede haben in den letzten Jahren zugenommen. Insofern ist es heute ehrlich, zu sagen, bis 1980 kann es keine Wirtschafts- und Währungsunion geben.

Sorgen die EG-Länder nicht für die Stabilität zu Hause, dann wäre auch Europas Solidarität vergeblich und nur ein Beitrag zur Verlängerung längst hingefälliger Illusionen.

Für Stabilität zu Hause zu sorgen, das kann doch im Sinne des Genossen Apel nur heißen, daß er die anderen westeuropäischen Regierungen zu einer Restriktions- und Einkommenspolitik aufruft, unterstützt durch eine verschleierte Drohung, die EG sonst kaputtzumachen -- zugunsten anderer Märkte für den BRD-Kapitalismus.

In der Tat kann unter den gegenwärtigen Voraussetzungen das europäische Modell der Neuen beiseite gelegt werden.....

Die italienische Importsperrung drückt den Staats- und Wirtschaftsbankrott des Landes aus. Dänemark, bisher aus politischer Sicht kaum interessant, erlebte in einem Generalstreik andeutungsweise den

Spuk der Revolution. Die dänische Minderheitsregierung hatte kurz zuvor zu einem drastischen Sparprogramm aufgerufen. Verbrauchsgüterpreise, die für die BRD gegenwärtig fast unvorstellbar wären, drücken den Lebensstandard der arbeitenden Dänen ganz erheblich:

Eine Flasche Pils kostet dort DM 2,30, 20 Zigaretten DM 4,00, und ein Auto kostet mehr als doppelt so viel wie in der BRD -- und das alles bei einem der BRD ähnlichen Durchschnittseinkommen.



Demonstration in Kopenhagen: „Die Regierung muß weg!“

Dänemark hat eine Inflationsrate von knapp 15 %, das Außenhandelsdefizit hat sich 1973 gegenüber dem Vorjahr auf knapp 8,7 Milliarden Kronen -- DM 3,65 Mrd. -- verdoppelt. In Dänemark sind noch deutlicher als bisher in der BRD Illusionen in einen stabilen Sozialstaat unter kapitalistischen Vorzeichen entlarvt worden. Die Sparmaßnahmen der nationalliberalen Regierung werden zwangsläufig dazu führen, daß die von den Arbeitern in der Nachkriegsära mühsam erkämpften staatlichen Sozialleistungen abgebaut werden und damit automatisch Kampfmaßnahmen der um ihren Lebensstandard besorgten Arbeiter hervorrufen werden.

Andererseits müssen wir auch die Grenzen sehen; denn angemessene Erträge sind Voraussetzung für die notwendigen Investitionen in der Wirtschaft. Mit sinkenden Investitionen wäre weder der Volkswirtschaft insgesamt noch dem einzelnen Arbeitnehmer gedient.

Nur die fortwährende Modernisierung unserer Volkswirtschaft -- und das ist das, was mit Investitionen erreicht wird -- sichert und verbessert unseren Lebensstandard und die Leistungsfähigkeit auch des Staates für seine Bürger. Dazu bedarf es ausreichender Investitionen, nicht nur der privaten, sondern auch der öffentlichen Investitionen -- in den Gemeinden, in den Ländern und zu einem kleinen Teil auch beim Bund.

Ohne Investitionen kein Wachstum; ohne Investitionen keine Arbeitsplatzsicherheit, keine höheren Löhne und auch kein sozialer Fortschritt.

Wir werden den Kurs unserer Wirtschafts- und Finanzpolitik fortsetzen um bei Sicherung eines hohen Beschäftigungsstandes schrittweise auch mehr Geldwert-

Zurecht wird man sich hier fragen, worin sich die Politik des Genossen Schmidt als Bundeskanzler in ihren Fundamenten von der CDU-Politik unterscheidet! Investitionen werden nur kommen, wenn die Kapitalisten darin einen Sinn sehen -- Profite also, die unbezahlte Arbeit der Arbeiterklasse.!

Schmidt basiert seine gesamte Regierungspolitik auf die kapitalistische Wirtschaftsordnung und geht von einer Interessenübereinstimmung zwischen Arbeitern und Kapitalisten aus. Er beugt sich damit ganz offensichtlich dem Druck der durch die FDP im Bundeskabinett repräsentierten Kapitalisten und wird somit auf dieser Grundlage in Zukunft gezwungen sein, die Lasten der Krise auf die Arbeiter abzuwälzen, sei es durch Haushaltssparmaßnahmen, unter denen die Arbeiter ja besonders zu leiden haben, oder durch Lohnstopps, Antigewerkschaftsgesetze und ähnliches, wie es Harold Wilson Ende der 60er-Jahre versuchte.

Einen sehr breiten Raum in der gegenwärtigen SPD-Propaganda -- soweit sie überhaupt zu hören ist -- nimmt die Steuerreform ein. Gewerkschaftler und sozialdemokratische -- nicht nur sie -- Arbeiter und Angestellte erhoffen sich davon eine größere Steuergerechtigkeit und ein Zur-Kasse-Bitten der Millionäre und Wirtschaftsverbrecher, Spekulanten etc. Flugblätter sollen den Kleinverdienern den Mund auf dieses Reformwerk wäbriig machen.

Die Wahrheit sieht anders aus. Helmut Schmidt drückt in seiner Regierungserklärung vom 17.5.74 unverblümt aus:

Grenzen setzt; und zwar gilt das für Länder, Gemeinden und den Bund gleichermaßen. Man kann nicht ab Januar 1975 für den Verlauf des Jahres 1975 den Steuerzahlern um 10 bis 12 Milliarden DM die Steuerlast erleichtern und glauben, denselben Betrag gleichzeitig noch einmal ausgeben zu können.

Deswegen müssen wir bei der Ausgestaltung der öffentlichen Haushalte -- ich rede nicht nur vom Bund! -- für 1975 alle übertriebenen Forderungen abwehren. Das gilt für alle Bereiche, das gilt auch für den öffent-

Und dies sagt Schmidt, obwohl er ganz genau weiß, daß etwa den 15 Milliarden DM, die zum Beispiel der Lohnkampf im öffentlichen Dienst zu Beginn dieses Jahres die Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden kostete, nach einer Berechnung des Rheinland-Pfälzischen Finanzministeriums 16 Mrd. DM an Lohnsteuermehreinnahmen gegenüberstehen und besonders bei Lohnerhöhungen von über 10 % ein großer Teil des erkämpften Geldes durch die Steuerprogression in die Staatskassen fließt.

EINDEUTIGE ABSAGE AN KAPITALISTISCHE POLITIK

Selbst die bürgerliche Presse vermerkte es mit Erstaunen, daß die Erleichterungen, in deren Genuß die Arbeiter durch die Steuerreform kommen, auf kaltem Wege wieder geraubt werden. Wenn die Bundesregierung nach vollbrachter Steuerreform die Lohnforderungen der Gewerkschaften drücken will und die öffentlichen Ausgaben für Bildung, Sozialleistungen und Infrastruktur (Rüstung ausgenommen) senken wird, so entlarvt sich die groß propagierte Steuerreform als ein großer Betrug an der arbeitenden Bevölkerung und als ein zur Erreichung von "mehr Gerechtigkeit" völlig untaugliches Mittel.

In einem Punkt mußte Schmidt in seiner Regierungserklärung ganz offen das Scheitern eines Projektes zugeben :

Die in der Regierungserklärung vom Januar 1973 als in Vorbereitung angekündigte Bodenwertzuwachssteuer läßt nach dem Stand ihrer Vorarbeiten erkennen, daß auch sie in der laufenden Legislaturperiode nicht zum Abschluß gebracht werden kann.

Die technischen Schwierigkeiten sind unserer Auffassung nach nur ein Vorwand zur Verschleierung der Tatsache, daß wo es darum geht, die Geldinteressen der Großkapitalisten anzutasten, unsere Regierung immer wieder versagt.

SPD-REFORMPROGRAMM SETZT KONTROLLE ÜBER DIE WIRTSCHAFT VORAUSS !!

Die SPD hat seit Godesberg geglaubt, daß sich ein kapitalistisches Wirtschaftssystem und eine Verbesserung der Lage der Arbeiter auf die Dauer miteinander vereinbaren ließen. Die nunmehr fast fünfjährige Regierungspraxis hat gezeigt, daß es unmöglich ist, in Koalition mit einer kapitalistischen Partei und unter Beibehaltung der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung eine "Politik der Arbeitnehmer" durchzusetzen. Die Seifenblase der "inneren Reformen" auf der Grundlage der "marktwirtschaftlichen Volkswirtschaft" ist geplatzt. Der Versuch, durch sozialdemokratische Langzeitprogramme eine Perspektive in die 80er-Jahre aufzuzeigen, ist ebenfalls zum Scheitern verurteilt. Solange die SPD nicht die Frage "Wer beherrscht die Wirtschaft?" anpackt und die Großkonzerne der BRD verstaatlicht und unter demokratische Arbeiterkontrolle bringt, werden alle noch so bescheidenen Reformvorhaben, die im Interesse der Arbeiter ins Auge gefaßt wurden, dem Auf und Ab der Konjunktur und dem direkten oder indirekten Widerstand der Monopole zum Opfer fallen. Es ist eine alte Illusion zu glauben, man könne in konzertierter Aktion mit den Bossen und ihren Interessenvertretern in Regierung, Parlament und sonstigen Institutionen Arbeitnehmerpolitik betreiben. Erst wenn die SPD die Wirtschaft in den Griff kriegt, wird sie fähig sein, ihr ganzes soziales Reformprogramm zu verwirklichen-

VORAN zur sozialistischen Demokratie !

Überregionale marxistische Zeitung für SPD, Juso und Gewerkschaft

Erscheint 1974 alle zwei Monate
Herausgegeben vom Redaktionskollektiv
"Vorán !"

Bestellungen und Schriftverkehr an:

Kennwort Vorán,
46 Dortmund 1,
Postalgerkarte
A 056998

Verantwortlich i.S.d.P. H Thielmann

Noch hoffen sozialdemokratische Wahlstrategen, mit dem energischen Macher Helmut Schmidt nach der "Tendenzwende" in Niedersachsen in den folgenden Landtagswahlen und schließlich auch in der Bundestagswahl 1976 einen weiteren Aufwärtstrend der SPD zu spüren zu bekommen.

VORAN ! meint, das es höchste Zeit ist, solche bequemen Illusionen beiseite zu legen und eine Politik im Interesse der Arbeiter durchzusetzen. Die SPD muß von jeglichem Lösungsversuch abkehren, der auf dem Rücken der Arbeiter und Hand in Hand mit den Bossen ausgetragen wird.
Eine eindeutige Absage an jegliche Form kapitalistischer Politik muß zur Grundlage der SPD-Politik werden.

Wir haben bereits in einer früheren Ausgabe unsere Antwort auf die Krise zusammengefaßt in der Parole :

Das SPD-Reformprogramm durch Verstaatlichung der 100 Großkonzerne verwirklichen !!!!

Wer eine "solide und fortschrittliche Reformpolitik" für die "Millionen Arbeitnehmer in unserem Lande" betreiben will, muß zunächst die Hindernisse aus dem Wege räumen und die Voraussetzungen dafür schaffen.

Das heißt konkret, daß all die schönen Forderungen, die auf Konferenzen und Kongressen von SPD und Gewerkschaften gestellt werden, erst dann zu verwirklichen sind, wenn die Wirtschaft verstaatlicht und unter demokratische Arbeiterkontrolle gebracht wird. Der SPD-Bezirk Westliches Westfalen hat auf seinem letzten Kongreß deutlich erkannt, daß eine Verstaatlichung der Banken und Schlüsselindustrien dringend erforderlich ist. Ohne direkte Kontrolle über die Wirtschaft sind alle Reformvorhaben in der vor uns liegenden Epoche zum Scheitern verurteilt. Dabei warnen wir jedoch gleichzeitig vor Illusionen mancher Genossen, die meinen, man könne eine Verstaatlichung und aktive Erkämpfung der Arbeiterdemokratie durch Maßnahmen wie Investitionslenkung und Investitionskontrolle oder gar Mitbestimmung schrittweise erreichen.

Zahlreiche historische Beispiele -- wie zuletzt der chilenische Putsch -- beweisen, daß es Zwischenformen zwischen kapitalistischer Herrschaft und Arbeiterdemokratie auf kooperativer Basis nicht geben kann. Vor allem in Krisenzeiten erweist es sich als eine verhängnisvolle und irreführende Illusion, wenn man glaubt, in Zwischenformen mit den Kapitalisten, zunächst Kompromisse suchen zu müssen, um dann schließlich am Tage X den Sozialismus einzuführen.

Nur ein AKTIONSPROGRAMM zur Mobilisierung der Arbeiter gegen die Krise kann die Antwort einer Partei sein, die als "Arbeiterpartei" gelten will :

- o SPD muß die kämpfenden Arbeiter unterstützen !
- o Keine Koalition mit den Vertretern des Kapitals !
- o Mobilisierung der Arbeiter für eine absolute SPD-Mehrheit !
- o Beendet die Krise -- auf sozialistisch !
- o Das SPD-Reformprogramm verwirklichen -- durch Verstaatlichung der Banken und Großkonzerne !
- o VORAN ZUR SOZIALISTISCHEN DEMOKRATIE !!!

PORTUGAL: die sozialistische Revolution hat begonnen!

10

Nach der blutigen Niederlage in Chile sehen Sozialisten in aller Welt der Entfaltung der Revolution in Portugal mit erneuter Hoffnung zu. Nach 48 Jahren grausamer und bornierter faschistischer Diktatur kam der fast blutlose Umsturz einiger Hundert jüngerer Offiziere den Millionen von Arbeitern und Bauern wie ein Zeichen zum Handeln vor.

Nach einigen Monaten wachsender Militanz unter den Industriearbeitern und Studenten, sowie zunehmender Unzufriedenheit bei den Streitkräften konnte man durchaus große politische Zuckungen erwarten. Solche großen Ereignisse fallen aber nicht vom blauen Himmel.

Den Auslöser für den Umsturz bildeten bekanntlich in erster Linie die unerträglichen Bedingungen bei den in den afrikanischen Kolonien stationierten Streitkräften.

AM RANDE DES STAATSBANKROTTS

In Wirklichkeit stand aber der portugiesische Staat kurz vor dem finanziellen Bankrott. Die Inflationsrate betrug 25% bis 30%, 40% des Staatshaushalts mußten für militärische Zwecke ausgegeben werden. Arbeiter verdienen im Schnitt DM 100 - 150 im Monat und durften sich gegen die rasende Inflation nicht auf legale Weise mit Gewerkschaften oder Streiks wehren. Ihre Antwort war eine Welle inoffizieller Streiks im Winter und Frühjahr 1973/74.

Die Verschwörung - die M.F.A. - und der erste Versuch der jüngeren Offiziere, Caetano wegen der portugiesischen Afrikapolitik zu stürzen, scheiterte Mitte März. Spinola - als Galleonsfigur der Bewegung für eine "moderne" Afrikapolitik nach Muster des britischen Commonwealths - wurde auf Drängen der Ultrarechten im Kabinett als 2. Oberbefehlshaber der Streitkräfte abgesetzt.

Dadurch wurde die Unzufriedenheit in der Armee vergrößert. Am 25.4.74 gelang es der MFA, einen Staatsstreich durchzuführen. Am diesem Tag flehte Caetano in der Kaserne von Carno Spinola an, die Staatsmacht zu übernehmen "als einziger, der die Nation retten könnte." Fast gleichzeitig erreichten Entsandte von dem Hauptquartier der Aufständischen die Wohnung Spinolas mit der Bitte an ihn, die Präsidentschaft zu übernehmen.

General Spinoła selber weigerte sich noch am Donnerstagsmorgen, also wenige Stunden vor der Abdankung der Regierung Caetano, sich an die Spitze der bereits aufmarschierenden Armee zu stellen, und verließ seine Wohnung erst am späten Nachmittag, als er von den revoltierenden Offizieren eingeladen wurde, als „Galleonsfigur“ in ihrer Bewegung die Macht zu übernehmen.

"RETTET DER NATION"

In dieses Machtvakuum stieß Spinola als "Retter der Nation" vor. Seit dem 25.4.74 wird der General Spinola von der offiziellen linken Presse als Demokrat gefeiert.

Wie sieht die Situation aber in Wirklichkeit aus?

Spinola ist alles andere als ein tüchtiger Demokrat. 1936 - 1939 kämpfte er für Franco im spanischen Bürgerkrieg, während des II. Weltkriegs diente er als Offizier mit der Wehrmacht an der Ostfront. In den 50'er und 60'er Jahren zeichnete er sich als besonders schlagfertiger Unterdrücker der Befreiungsbewegungen in den portugiesischen Kolonien aus.



Marine-Soldaten beim Putsch in Lissabon
„Werden Generale die Panzer fahren?“

Er sieht sich als Retter der Nation - genau so wie de Gaulle in 1958 - will über der Politik stehen und im Interesse des "Gemeinwohls" handeln. Die mit seiner Erlaubnis gebildete provisorische Regierung hat die Aufgabe, Wahlen für eine konstituierende Versammlung "wenn möglich" binnen zwölf Monaten vorzubereiten.

Die Millionen Portugiesen wollen aber nach einem halben Jahrhundert nicht so lange warten. Es gibt in der Tat keine ernsthaften technischen Gründe, warum Wahlen so lange verschoben werden müssen. Die Haltung Spinolas erklärt sich aus der einfachen Tatsache, daß die einzigen organisierten politischen Massenparteien die Kommunistische Partei und die Sozialistische Partei sind.

Sie würden im Falle von Parlamentswahlen eine überwältigende Mehrheit gewinnen. Gerade dies will der "demokratische General" verhindern. In den nächsten Monaten werden die Militärspitzen die Großindustriellen und die Großgrundbesitzer verzweifelt versuchen, eine "Partei der Mitte" aufzubauen. Mit solchen Bestrebungen scheinen die KP- und SP-Führer einverstanden zu sein.

SOARES: SOZIALISTENFÜHRER OHNE SOZIALISTISCHE PERSPEKTIVE

Nach 5-jährigem Exil wurde Mario Soares bei seiner Rückkehr von riesigen Demonstrationen als Held gefeiert. Soares scheint aber viele politische Ideen von den übrigen westeuropäischen Sozialdemokratien mitgebracht zu haben.

In einem Interview mit dem amerikanischen Nachrichtenmagazin NEWSWEEK am 13.5.74 erklärte er:

"Wir (die SP) sind Humanisten. Wir sind eine offene Partei, eine große demokratische Partei. Ich will, daß unsere Partei ihren Platz neben den sozialistischen Parteien von Großbritannien, der BRD, Schweden, und anderer Parteien Westeuropas einnimmt, weil nur darin eine Hoffnung besteht, die Demokratie aufrechtzuerhalten."

Wir wollen ein Teil des westlichen Lagers bleiben.

Die Diktatur des Proletariats ist nicht unsere Vorstellung.

Es gibt keine Volksfront.

"Wir brauchen die Mittelschicht, weil ihre Unterstützung unentbehrlich ist wenn wir die evolutionäre Veränderung in unsere Gesellschaft erreichen wollen, die uns während so vieler Jahre verweigert wurde.

Wir dürfen die Bourgeoisie nicht abschrecken."

Soares versteht es aber gleichzeitig auch, die Forderungen der Massen aufzugreifen, um der Kapitalistenklasse klar zu machen, daß sie Zugeständnisse machen muß, um eine sozialistische Revolution zu verhindern.



"Die Situation ist explosiv aufgrund der entsetzlichen Kontraste zwischen Armut und Reichtum in diesem Lande. Wie Sie wissen, leiden wir unter dem niedrigsten Lebensstandard in Westeuropa. Wenn man nichts gegen die aufwändige Verteilung in der Vermögensverteilung unternimmt, wird eine rasche Entwicklung der Spannungen eintreten besonders jetzt, wo die Menschen ihre Meinung frei äußern können."

Was aber nun konkret passieren soll, sagt Soares nicht. Er bleibt bei vagen Drohungen damit, der dirigistischen ökonomischen Schicht, die vor der Diktatur ungeheuer profitierte, ihre Privilegien wegzunehmen. Wen dieses betreffen soll, was die Regierung unternehmen wird, ob Portugals Großindustrie vergesellschaftet werden soll, ob die 6% der Bevölkerung, die über 99% des Bodens verfügen, ihr Eigentum verlieren werden, wird alles nicht deutlich gesagt.

Dieses kommt auch nicht von ungefähr. In der Woche nach dem 1. Mai wurden zahlreiche Demonstrationen abgehalten. An strategischen Stellen in Lissabon laerten immer Armeeeinheiten auf, falls die Massen 'außer Kontrolle' gerieten.

SPINOLA: PORTUGALS DE GAULLE

Die Junta besitzt immer noch die Macht im Lande, die provisorische Regierung stellt lediglich ein linkes Gesicht, ein Dampfventil dar, um die Stimmung der Millionen aufzufangen. Auf der anderen Seite weiß Spínola genau, daß er gegen die

Arbeiter oder die revolutionären Soldaten keine direkten Angriffe unternemen kann, ohne einen Bürgerkrieg auszulösen. Er spielt daher die Rolle eines bonapartistischen Diktators - im Stil von de Gaulle - der zwischen den Klassen zu vermitteln versucht und abwechselnd Zugeständnisse zu der einen oder anderen Schicht macht, um die Position seiner Diktatur zu festigen.

Aus diesem Blickwinkel betrachtet kann man die Prognose aufstellen, daß die nächsten Monate oder gar Jahre eine Pendelbewegung zwischen Ebbe und Flut der Arbeiterbewegung sehen werden.

Arbeiter und Bauern haben inzwischen gehandelt. Bäckereiarbeiter in Lissabon forderten auf Plakaten die sofortige Verstaatlichung ihrer Industrie, Die Gebäude der alten faschistischen Sindicatos (Scheingewerkschaften) sind besetzt. Überall erscheint die Forderung nach einem Mindestlohn von DM 700.



Kaum eine Fabrik, kaum ein Büro gibt es in Portugal, in denen nicht Versammlungen abgehalten, Forderungen angemeldet und notfalls Streiks ausgerufen würden. Mit Vehemenz hat nach dem Sturz des alten Regimes der Kampf um das neue Portugal begonnen: ein Kampf, der - wenn auch bislang gewaltlos ausgetragen - politischen und wirtschaftlichen Zündstoff birgt.

Portugals Kommunisten, die Partei mit der besten Organisation im Land, bieten all ihren Einfluß bei den Massen auf, um die soziale Agitation zu dämpfen und Streiks zu verhindern. So

mahnte der aus dem Exil heimgekehrte KP-Generalsekretär Alvaro Cunhal die Arbeiter, „weniger ungeduldig zu sein“. Und im Fernsehen belehrte ein streik-erfahrener Altgenosse die Portugiesen: „Man darf nur streiken, wenn die Bedingungen gegeben sind.“

VOLKSFRONT: Streikbrecher und Spalter der Arbeiterbewegung!

Arbeitsminister Goncalves, Mitglied der Kommunistischen Partei Portugals, forderte die Arbeiter auf, die Streiks und Besetzungen zu beenden, friedlich an die Arbeit zurückzukehren und auf die Parlamentswahlen zu warten.

Hier sehen wir das wahre Gesicht der Volksfront: Streikbrecher und Spalter der Arbeiterbewegung.

Massenstreiks der Klasse werden von der UZ und DVZ als "Provokationen und ultralinke Agitationen" abgestempelt.

Aber die demokratischen Parteien und Organisationen haben die Gefahr erkannt. Eine wilde Streikbewegung der Verkehrsbetriebe und der Bäckereien, die von linken Abenteurern und Handlangern der Konzerne angezettelt worden war, konnte durch Appelle der Kommunistischen Partei, der Sozialistischen Partei und der Demokratischen Bewegung beigelegt werden. In einer Erklärung der KPP heißt es:

„Unter den gegenwärtigen Bedingungen sollte die Waffe des Streiks sorgfältig gebraucht werden und nur dann, wenn andere Formen des Kampfes erschöpft sind und wenn der Widerstand der Unternehmer bei Verhandlungen die Erfüllung realer Forderungen verhindert. Andererseits sollten die Volksmassen die Forderungen von Demagogen und linken Abenteurern entlarven und zurückweisen, die daran interessiert sind, den gegenwärtigen Prozeß der Demokratisierung des Landes scheitern zu lassen. Sie zeigen völliges Unverständnis für die vollzogenen Veränderungen, indem sie Losungen aufstellen, die von der konkreten Situation und von den gegenwärtigen Zielen der Arbeiterklasse und des Volkes absolut losgelöst sind.“

Das faschistische Regime hat nicht zuletzt durch den 13jährigen Kolonialkrieg die Wirtschaft Portugals an den Rand des Ruins gebracht und das Lebensniveau des Volkes zu dem niedrigsten in Europa gemacht. Tiefgreifende Veränderungen - vor allem antimonopolistische Maßnahmen - sind

notwendig, um die Lebensverhältnisse zu verbessern. So verständlich die Ungeduld der notleidenden Massen ist, so klar ist aber auch, daß die furchtbare Erbschaft des Salazar-Regimes nicht von heute auf morgen liquidiert werden kann.

In der Tat ist die ganze portugiesische Arbeiterklasse aus KP-Sicht 'linksextremistisch'!!

Die Lohnforderungen entsprechen im Moment mindestens dem Bruttosozialprodukt Portugals. Die Antwort eines echten Sozialisten auf eine solche Tatsache sollte aber sein:

"Der Kapitalismus kann Eure Forderungen nicht erfüllen-also weg mit ihm!"

Mit einer solchen Haltung könnten die Arbeiterführer die überwältigende Mehrheit der einfachen Soldaten, Matrosen, Bauern und Mittelschicht gewinnen. Die Basis der Streitkräfte tendiert weit nach links.

FORTSETZUNG SEITE 14

ARBEIT MACHT KRANK

12

Der Kampf der Arbeiter um Gesundheit.

Die weltweite Wirtschaftskrise bedroht nicht nur den Lebensstandard und die Arbeitsplätze, sondern wird zweifellos den Gesundheitszustand der arbeitenden Bevölkerung weiter verschlechtern.

Die Kapitalisten werden - wie in der Rezession 1966/67 - versuchen, durch Entlassung und Drohung mit Entlassung, über Arbeitsintensivierung (Erhöhung der Bandgeschwindigkeit, Kürzung der Arbeitswerte usw.) die Lohnkosten zu drücken. Die Angst um den Arbeitsplatz, die weiter gesteigerte Arbeitshetze, die Sorge um die Existenz der Familie bei Wegfall der Überstunden oder Kurzarbeit und die sich ständig verschlechternde Ernährungslage werden die miserable Gesundheitssituation der Arbeiter weiter verschlechtern.

Jeder Ernährungswissenschaftler betont die Notwendigkeit einer ausreichenden Zufuhr von tierischem Eiweiß - enthalten in Fleisch, Eiern und Milch - als Voraussetzung einer gesunden Ernährung. Schon heute können sich die Arbeiterfamilien Fleisch fast nur noch in Form von Sonderangeboten leisten. Auch die Urlaubsreise wird fraglich und damit die notwendige Erholung. Die geringen Ersparnisse werden langsam von der Inflation aufgefressen.

ERHÖHUNG DER ARBEITSHETZE

Es hat in den letzten Jahren vielfach Diskussionen um Reformen im Gesundheitswesen gegeben, an denen sich liberale Zeitungen, wie z.B. der Spiegel - (Sprachrohr des 'progressiven' Unternehmertums) in größerem Umfang beteiligten. Nicht das die Kapitalistenklasse ihr Herz für den 'Sozialpartner' Arbeiter entdeckt hätte - alle wesentlichen Reformen sind mit Schweiß und Blut von den Arbeitern erkämpft worden - zugrunde lag eine wirtschaftliche Rechnung.

Durch die technologischen Veränderungen des Arbeitsprozesses im entwickelten Sektor des Kapitalismus sind die Anforderungen an die Qualifikation der Arbeitskraft erheblich gestiegen, die Ausbildungskosten entsprechend verteuert und die Ausbildungszeiten verlängert. Zum anderen stieg der Verschleiß menschlicher Arbeitskraft durch die andauernde Erhöhung der Arbeitshetze rapide an.

Bei der Diskussion um die Frage der Vorverlegung der Altergrenze (1972) wurde betont, daß das vorzeitige Ausscheiden aus dem Berufsleben von über der Hälfte aller Arbeitnehmer dies erfordere.

Gleichzeitig waren die Ausgaben für das Gesundheitswesen auf die Rekordhöhe von über DM 50 Mrd gestiegen. Dies mißfiel natürlich der Kapitalistenklasse, zum einen kann ein kranker oder aus dem Berufsleben ausgeschiedener Arbeiter keinen Mehrwert produzieren - dies allein interessiert den Kapitalisten - und ist es auch sehr schwierig, einen hochqualifizierten Arbeiter bei vorübergehender Krankheit zu ersetzen, zum anderen verschlingt das Gesundheitswesen einen großen Teil des Volkseinkommens, den sie lieber in ihren eigenen Taschen sehen würden, z.B. als Kredit von den Versicherungsanstalten.

Und wie immer - wenn sie Profit meinen, sprechen sie von der Humanisierung der Arbeitswelt und zeigen ihr Interesse an Vorsorgemedizin, die die Erhaltung der Arbeitskraft garantieren soll. Für den schlechten Zustand

Für den schlechten Gesundheitszustand hatte man bald einen Schuldigen: die praktizierende Ärzteschaft. Nicht zu Unrecht, selbstverständlich ist es dringlich, eine Verbesserung der ärztlichen Versorgung zu erreichen, da das BRD-Gesundheitswesen z.T. stark hinter dem Weltniveau hinterherhinkt, was sich bei der Säuglingssterblichkeit zeigt, die bei den untersten Schichten am größten ist. Nach Veröffentlichungen der UN liegt die BRD mit einer Säuglingssterblichkeit von 22,8 auf 1 000 Lebendgeborene an 18. Stelle unter den Ländern der Erde und an 12. unter den Ländern Europas (aus: Ärztliche Praxis, 30.5.70)

Das Beispiel der Säuglingssterblichkeit wurde gewählt, um anhand der Zahlen den 'Stellenwert' im internationalen Vergleich zu zeigen. Im Moment dreht sich aber die Diskussion in den Massenmedien um die schlechte Versorgung durch die niedergelassenen Ärzte - die sogenannten 'Dreiminutenärzte' - aber auch vor allem im Bereich der Arbeitsmedizin und Vorsorgemedizin (Krebs, Tuberkulose u.a.) ist das BRD-Gesundheitswesen zum Beispiel dem der DDR weit unterlegen.

Ursächlich für den schlechten Gesundheitszustand der Bevölkerung ist aber nicht das unzureichende Gesundheitswesen, sondern der Raubbau an Mensch und Natur, wie er Voraussetzung einer kapitalistischen Produktion ist. Solange das Profitsystem der Kapitalisten bestimmt, was und wie produziert wird, wird sich die Lebenslage der arbeitenden Bevölkerung nicht qualitativ verbessern.

Wenn es billiger ist, wird man weiterhin eher Schmerzmittel verteilen, als die Lärmbelästigung am Arbeitsplatz verringern; eher Psychopharmaka - Mittel, die auf das Nervensystem dämpfend wirken - verschreiben (Werbung: "Die Sonnenbrille für das Leben"), als die Arbeitshetze, Akkord-, Schicht- und Nachtarbeit abzuschaffen.

Wie alle versprochenen Reformvorhaben sind die Anstrengungen zur Verbesserung der Wirksamkeit des Gesundheitswesens, um die Arbeitskraft möglichst bis zum Rentenalter zu erhalten, durch die krisenbedingten Kürzungen des Haushalts der neuen Regierung begrenzt.



ZUR GESUNDHEITLICHEN LAGE DER ARBEITENDEN BEVÖLKERUNG

"1970 wurden in der BRD 429 724 Arbeiter und Arbeiterinnen Rentner. Nicht einmal die Hälfte, nur 212 024, haben die Altersgrenze erreicht. Von den 213 218 Frühinvaliden leiden allein ca. 100 000 an Kreislauferkrankungen, also typischen Verschleißerscheinungen Die Lebenserwartung der Männer ist in den letzten 15 Jahren um 3 Jahre gesunken. Gleichzeitig die Beiträge der Krankenversicherung ständig gestiegen..." (aus: Gesundheitspolitisches Forum 2/73. Hervorhebung vom Verfasser.)

Im folgenden werden wir uns näher mit den Herz-Kreislaufkrankungen, insbesondere mit dem Herzinfarkt befassen.



TODESURSACHE NR. 1

"Herz-Kreislauf-Erkrankungen stehen sowohl hinsichtlich der Sterbeziffer als auch der Erkrankungshäufigkeit und der Frühinvalidität an 1. Stelle." (aus: Gesundheitsbericht 1971)

1905 stellten die Herz-Kreislaufkrankungen 5 % aller Todesfälle, 1965 43 %, also eine Steigerung um das 8-fache. Insgesamt gab es in der BRD 1973 113 000 Herzinfarkt-tote. Immer Jüngere werden vom Herzinfarkt betroffen, im Durchschnitt tritt der Herzinfarkt bereits 15 Jahre früher auf als vor 2 Jahrzehnten. Die Herzsterblichkeit der Älteren von heute ist die Sterblichkeit der Jüngeren von morgen.

Was besagen diese schrecklichen Zahlen, was bedeutet die stetige Zunahme der Herz-Kreislaufkrankungen, insbesondere nach dem zweiten Weltkrieg ?

DAS MÄRCHEN VON DER MANAGERKRANKHEIT

Meistens fehlt bei medizinischen Untersuchungen die Aufschlüsselung der Krankheitshäufigkeit nach der Arbeitsstellung. Damit wird der Eindruck vermittelt, als sei Krankheit ein von gesellschaftlichen Faktoren unabhängiges Ereignis, so wie der Blitz ja auch nicht zwischen arm und reich unterscheidet.

Diese Untersuchungen geben nur allgemeine Krankheitsursachen an, wie Rauchen, Bluthochdruck, Ernährungsfehler usw. Trotzdem lassen sich auch diese Faktoren auf soziale Verhältnisse zurückführen.

Wir wissen, daß Bluthochdruck in Stresssituationen entsteht, daß die Ernährungslage einkommensabhängig ist, daß gerade die Unterschicht am "Duft der großen weiten Welt" teilhaben will. Dementgegen berücksichtigt die Studie von Hinkle an 270 000 Betriebsangehörigen der Bell Telephone Company in den USA 'die materiellen Lebensbedingungen'. Dabei fand er in Übereinstimmung mit anderen ähnlichen Arbeiten bei Arbeitern und Vorarbeitern am häufigsten Infarkte, bei Angestellten weniger und bei den sogenannten 'Topmanagern' am wenigsten.

Z Y N I S M U S

In der "Heidelberger Studie", die seit 1967 durchgeführt wird, ergab sich, daß die geäußerten Beschwerden bei Beamten und Angestellten häufiger waren als bei Arbeitern.

Beim Nachprüfen mit dem EKG stellte sich jedoch heraus, daß die höhere tatsächliche Infarktquote bei den Arbeitern liegt.

Erfahrbare Anzeichen wurden von den Arbeitern häufiger als "Magenverstimmung" o.ä. gedeutet. Als Erklärung geben Schäfer/Blomke zynisch an: "Zum Bsp. einige gewisse Indolenz (Schmerzempfindlichkeit) der körperlich arbeitenden Bevölkerung gegen Schmerzen aller Art."

Dabei ist jedoch die einfachste Erklärung die, daß ein Arbeiter es sich gar nicht leisten kann, geringeren Schmerzen nachzugehen, da dies aufgrund seiner benachteiligten Arbeitsstellung eine Einbuße im Familieneinkommen darstellen würde (Zeitausfall bei Stunden- oder Akkordlohn), bsw. die größere Gefährdung des Arbeitsplatzes ihn aus Angst vor der Entlassung die Schmerzen unterdrücken läßt.

Krank zur Arbeit

Pessimistische Zukunftsprognosen der Geschäftsleitung. Kurzarbeit, Gerichte. Hunderte Arbeiter sollten entlassen werden — die meisten der rund 30 000 Fordarbeiter sahen wenig Hoffnungsvoll in ihre Zukunft und recht deprimiert in ihre schmale "erworbene Lohnfülle."

Kurz: Jeder fürchtete um seinen Arbeitsplatz. Eine Folge: Das Verhältnis zwischen den Ausländern und Deutschen, das sich nach dem wilden Ford-Streik im Herbst vergangenen Jahres langsam wieder normalisierte, froh wieder ein.

Eine weitere Folge: Die Krankheitsmeldungen gingen merklich zurück. Ein Arbeiter erklärte es damals so: "Wir sind alle recht verunsichert. Manche Kollegen sogar so sehr, daß sie ar-

beiten kommen, selbst wenn sie krank sind und besser zu Hause blieben, um sich richtig auszukurieren."

Franz A. (34) berichtet: "Bei mir in der Gruppe arbeitet ein Kollege, zwei Kinder, der eine fürchterliche Erkältung hatte. Wir sagten ihm, er solle zu Hause bleiben und seine Grippe auskurieren. Das wollte er auf keinen Fall. Er sei erst kurz bei Ford, und es mache einen schlechten Eindruck, wenn er gleich krank werde. Ergebnis — der Kollege steckte uns alle an. Er brach eine richtige Grippe-Weile aus."

Nr. 2/1974
debatte

STRESS - AKKORD IST SELBSTMORD

"Für das Auftreten von Risikofaktoren und für die Entstehung von Koronarsklerose (Verkalkung der Herzblutgefäße) und Herzinfarkt ist Sozialstress obligat (notwendig, verbindlich)." Dies entnehmen wir der Therapiewoche 43/72.

EINMALIGE CHANCE -
WENN DIE LINKE HANDELT

Ein portugiesischer Major sagte in einem Newsweek-Interview:

"Wenn sich das Volk für Unabhängigkeit (in den afrikanischen Kolonien) entscheidet, so geschehe es. General Spínolas Traum von einer Föderation nur ein Traum bleiben, wenn das Volk sich anders entscheidet. Und wenn das Volk eine kommunistische Regierung will, kann es eine k. Regierung wählen. Wir werden dann dafür sorgen, daß sie die Macht übernimmt" (13.5.74).

Wenn Teile der mittleren und sogar höheren Offiziere solche Meinungen haben, existiert eine einmalige Chance für die Linke.

Wenn sie aber zögert, wie in Chile die Unidad Popular, die Macht der Großkapitalisten zu brechen, und sie versucht stattdessen, auf der Basis des Kapitalismus die Arbeiter zurückzuhalten, dann erhält die Rechte eine wertvolle Atempause, um ihre zerstreuten und demoralisierten Kräfte wieder zu sammeln.

Schon jetzt erleben wir Tränengasangriffe der berittenen Polizei auf streikende Arbeiter wie am 29.5.74 in Lissabon.

SP- und KP-Führer versuchen mit aller Kraft, die risige spontane Welle der Arbeitsniederlegungen aus taktischen Gründen einzudämmen. Sie begründen ihre Haltung auf der einen Seite mit Angriffen auf "linke Abenteurer" und andererseits mit konventionellen Kapitalistenargumenten - à la Wilson - daß die Wirtschaft sich große Lohnerhöhungen nicht leisten könne.



ECONOMIST

ES IST NOCH NICHT ZU SPÄT !

Sehr vieles in Portugal erinnert an die chilenische Entwicklung. Aber in Portugal können die Rechten noch nicht zuschlagen. In Chile mußten sie drei Jahre abwarten, bis die Begeisterungswelle genügend abgeschwächt wurde, ehe sie einen Putsch wagten. Auch dann noch kämpften die Arbeiter wochenlang, um ihre Errungenschaften zu verteidigen. Erst nachdem 50 000 Tote auf den Straßen Chiles lagen, konnte die Junta die Situation in der Griff bekommen.

Ein Gegenschlag ist im Moment ausgeschlossen, weil die Kapitalistenklasse die Stimmung in der Bevölkerung nur allzu gut sehen kann. Wie in Chile zieht sie es vor, einen Schritt zurück zu tun, Zugeständnisse zu machen und wirtschaftliche Sabotage zu betreiben. Die herrschende Klasse wird bereit sein, sogar eine SP/KP-Regierung eine Zeitlang an die Macht zu lassen, obwohl für sie die Basis dieser Parteien unzuverlässig ist. Sie hat aber in dieser Situation keine andere Wahl.

Die Phase der Volksfront mündet aber direkt in eine Phase verschärften Klassenkampfes.

Wir stehen erst am Anfang eines revolutionären Prozesses in Portugal, der viele Formen des Kampfes, der Ebbe und Flut, vorläufige Rückschläge, plötzliche Explosionen durchmachen muß. Es ist noch die rechte Zeit, den Sozialismus mit einem Minimum an Verlusten zu erreichen, wenn die Führung der Arbeiterparteien bereit wäre, die Notwendigkeit des Sozialismus zu erklären und die vereinzelten Kämpfe von Teilen der Klasse zu verallgemeinern und um die Macht zu kämpfen.

Noch ist es nicht zu spät, aber jede Woche, die jetzt vergeht, bedeutet eine Verschlechterung der Kampfbedingungen für die Arbeiter und Bauern, eine Einschüchterung der Soldaten und Matrosen durch die Offiziersschicht und eine Atempause für die Rechte hinter den Kulissen, um ihren Gegenschlag vorzubereiten.

ARBEITERFÜHRER STELLEN SICH DER ARBEITERKLASSE IN DEN WEG

Anders als in Großbritannien, der BRD, Schweden und anderen europäischen Ländern besitzt Portugal eine zurückgebliebene Wirtschaft. Der Kapitalismus in Not will sich keine bürgerliche Demokratie leisten, weil diese Staatsform zwangsläufig mit freien Gewerkschaften und Arbeiterparteien verbunden ist. Diese Arbeiterorganisationen be-

deuten eine Todkrise für einen Kapitalismus, dem die Aufrechterhaltung seines Marktanteiles schwerfällt. Wie in den 20er und 30er Jahren wird er letzten Endes immer zur Waffe des Faschismus zur Zerschlagung der Arbeiterorganisationen zurückgreifen.

KP-Führer Cunhal versichert den Multis, daß der Kapitalismus weiterhin in Portugal bestehen bliebe. Seine Aussagen über die Armee werden ebenfalls zum Verhängnis des Sozialismus in Portugal werden, es sei denn, es gelingt den Arbeitern, ihre verkümmerten Exilführungen von Grund auf zu säubern.



SPIEGEL: Und wo steckt die Rechte jetzt? Man hat den Eindruck, daß sie von der Bildfläche verschwunden ist.

CUNHAL: Ja, und das ist ein gutes Zeichen. Die Rechte fühlt sich noch nicht sicher, sie traut sich noch nicht ans Tageslicht. Aber sie ist da, sie ist da.

SPIEGEL: Und hat sie noch Macht in Portugal?

CUNHAL: Die wirtschaftliche Macht ist noch in den Händen derselben Leute, die sie vorher hatten, da hat sich noch nichts geändert. Aber diese Leute haben die politische Macht verloren, daran besteht kein Zweifel. Diese Regierung ist ihnen nicht zu Diensten.

SPIEGEL: So hat auch der gestürzte chilenische Staatschef Salvador Allende einmal gesprochen. Wird die Rechte

in Portugal - wie in Chile - die Regierung mit einer wirtschaftlichen Blockade zu stürzen versuchen?

CUNHAL: Ich glaube, daß eine Wiederholung der Ereignisse von Chile bei uns sehr, sehr unwahrscheinlich ist. Sicher, es gibt auch bei uns Reaktionäre und Faschisten, die von einem Staatsstreich nach chilenischem Muster träumen. Aber die portugiesische Armee ist nicht mit der chilenischen zu vergleichen. In Chile gibt es eine Armee von reaktionären Generalen. Unsere Armee hat die Revolution vom 25. April gemacht. Im Augenblick kann bei uns, glaube ich, niemand den Sieg der Demokratie aufhalten.

SPIEGEL: Die Großunternehmen fürchten Verstaatlichung. Haben sie Grund zur Unruhe?

CUNHAL: Nein, wir glauben nicht. Sie werden in Portugal auch in Zukunft immer noch einen Haufen Geld machen können. Aber falls sie noch immer davon träumen, so wie unter der vorherigen Regierung Profite von 40 bis 50 Prozent und mehr einzustreichen, und wenn sie immer noch davon träumen, das Rad der Ereignisse zurückzudrehen in die Zeit der faschistischen Diktatur, dann müssen wir sagen: Nein, nein, dies wird nicht geschehen.

Die Unternehmer müssen sich mit der neuen portugiesischen Politik abfinden. Sicher, wenn sie sich dagegen sträuben, schaffen sie uns eine Menge Probleme, und zum Teil tun sie das jetzt schon. Aber ich glaube, daß sie da letzten Endes einen schweren Rechenfehler begehen.



Soares' Worte über die Entfernung der Faschistenverbrecher aus dem Staatsapparat müssen leer bleiben, wenn die SP nicht bereit ist, sich auf die organisierte Macht und Energie der revolutionären Soldaten, Arbeiter und Bauern zu stützen, die Bildung von Räten und die Organisation der Klasse voranzutreiben.

Wenn die Massen jetzt eine konstituierende Versammlung verlangen, gebührt es den Arbeiterparteien, Wahlen sofort zu organisieren, und wenn dies der Junta nicht genehm ist, wird sie von den schlichten Soldaten und Arbeitern beiseite gefegt. Die Demokratie kann nur durch Sozialismus erreicht und verteidigt werden.

REVOLUTION IN SPANIEN AUF DER TAGESORDNUNG

Die Arbeiter in Spanien haben die Revolution jenseits der Grenze jetzt gerochen und erkennen die Bedeutung dieser Ereignisse. In beiden Ländern herrschen nämlich in einem erstaunlichen Maß fast identische Bedingungen für den Arbeiterkampf.



Macht das Fenster zu"

A Capital, Lissabon

In Spanien wie in Portugal herrscht eine ungewöhnliche Inflationsrate vor; die letzten beiden Jahre waren gekennzeichnet durch eine außerordentlich massive Streikwelle in Vega, El Ferrol, Pamplona, Barcelona, Bilbao und anderen Städten, Attentate und Sprengstoffanschläge, Verhaftungswellen und Spaltung der herrschenden Klasse (Don Carlos, Kirchenhierarchie, Großbankiers usw.). Ähnlich wie in Portugal vor dem Putsch existiert in Spanien eine ungeheuer lästige Staatsbürokratie, eine rückständige Wirtschaft und keine politische Demokratie ebenso wenig wie eine gerechte Verteilung von Grund und Boden.

Der Funke der Revolution wird nach unserer Überzeugung in nächster Zeit über die Grenze springen und wird im trockenen Gras des spanischen Kapitalismus rasch zu einem Waldbrand aufblühen, um die ganze Halbinsel vom Kapitalismus endlich zu befreien.

"VORAN !" widmet in der nächsten Zeit der spanischen und portugiesischen Frage eine ganze Broschüre mit geschichtlichen, theoretischen und aktuellen Artikeln über die Aussichten für den Sozialismus auf der iberischen Halbinsel.

FORTSETZUNG VON SEITE 13

Wie dieser Streß bei einem neueingeführten Akkordsystem beurteilt wird, zeigen diese Zitate:

"...das ist keine Arbeit mehr, das ist eine Abhetzerei, die wir da haben. Das ist eine große Nervenbelastung, die Nerven gehen dabei in Stücken kaputt. Man ist, wenn man zwei bis drei Stunden gearbeitet hat einfach kaputt..... man ist auch noch für die Ware verantwortlich, fehlerhafte Ware..... schlechtes Material gibt es immer wieder, und dann fängt es da an, schief zu gehen und dann da, und man läuft hin und her und schwitzt und kocht über und vibriert am ganzen Körper..... das ist eine kolossale Belastung, ein Gesundheitsverschleiß ist das allemal."

Dies sind nur wenige Beispiele, man könnte unzählige hinzufügen, besonders aus den Bereichen der Wechselschicht -, Band-, Akkord-, und Überstundenarbeit. Und dieser Streß wird umso mehr verstärkt, wenn die Sorge um den Arbeitsplatz und die Existenz der Familie hinzukommt.

WAS TUN ?

Die Krankheit ist also kein Naturereignis, wie ein Blitzschlag oder eine Überschwemmung, sondern wird bestimmt durch die Umweltbedingungen. Wir begreifen Krankheit als Einschränkung unseres Lebens und wissen, daß die Ursache im kapitalistischen System liegt, das von der Kapitalistenklasse aufrechterhalten wird. Zweifellos werden die Kapitalisten alles versuchen, um in der jetzigen weltweiten Wirtschaftskrise die Ausbeutung zu intensivieren, für sie geht es um ihre Existenz als Kapitalisten.

Entscheidend für die Stärke der Arbeiter wird sein, ob es den Kapitalisten gelingen wird, die Arbeiterklasse in Arbeitende und Arbeitslose zu spalten, wobei der Arbeitslose als Lohndrücker und Akkordhetzer gegen den Arbeitenden ausgespielt wird. Dieser Absicht der Kapitalisten müssen wir die Einheit der organisierten Arbeiter entgegensetzen. Bloße Versprechungen der Partei, wie "blauen Himmel", ein Werbefeldzug gegen die Raucher, schöne Worte für das lebenswerte Alter und die Förderung des Breitensports sind viel zu wenig. Sie sind eher Ablenkungsmanöver.

"Wenn Du arm bist, mußt Du früher sterben."
Wie lange noch ???

- o Für gesündere Arbeits- und Lebensbedingungen !
- o Schluß mit der Arbeitshetze !
- o Gewerkschaftskontrolle über Bandgeschwindigkeit !
- o Werkärzte unter gewerkschaftlicher Aufsicht !
- o Für einen sicheren Arbeitsplatz oder volle Lohnfortzahlung bei Arbeitslosigkeit !
- o Verbesserung des Gesundheitswesens durch Verstaatlichung der Arzneimittelkonzerne und Schaffung eines staatlichen Gesundheitsdienstes !
- o Für eine sozialistische Gesundheitspolitik !

VORAN ZUR SOZIALISTISCHEN DEMOKRATIE !!!

IN EIGENER SACHE: VORAN! AN SEINE LESER

"VORAN !" - TREFFEN IN FRANKFURT AM MAIN

Anhänger der Zeitung "Vorán !" im gesamten süd-deutschen Raum trafen sich Mitte Juni in Frankfurt zu einem großen Diskussionswochenende. Anhand des Diskussionsdokumentes wurden dabei aktuelle und theoretische Fragen besprochen. Weitere Genossen erklärten sich bereit, "VORAN !" zu unterstützen und in ihrem Gebiet zu verbreiten sowie die Politik von "VORAN !" zur Grundlage ihrer Arbeit in den Juso-AGs zu machen.

In der ersten Diskussionseinheit standen Chile und die Lehren für Sozialisten in der BRD aus dem Putsch im Mittelpunkt. Dabei wurden eine ganze Reihe von Punkten genannt, die die enorme Bedeutung der chilenischen Ereignisse für die BRD zeigen. Wie wir bereits in einem größeren Artikel in der ersten Ausgabe von "VORAN !" darstellten, zeigte sich im gescheiterten Unidad-Popular- "Experiment" das völlige Versagen der Massenarbeiterparteien SP und KP, die die UP hauptsächlich trugen. Auf der anderen Seite war die MIR mit ihrer ultimatistischen Politik nicht in der Lage, die Masse der Arbeiter zu einer kämpferischen Kraft zu vereinigen. Die erste revolutionäre Phase in Chile war gekennzeichnet durch die Wahl des Sozialistenführers Allende zum Staatspräsidenten. Allende erwies sich jedoch ebenso wie KP-Führer Corvalán als ein Hindernis im Weg der chilenischen Arbeiter und Bauern zum Sozialismus.

Durch ihre Illusionen hinsichtlich des kapitalistischen Staatsapparates, insbesondere der Rolle der Armee, verursachten die Arbeiterführer unter den Arbeitern eine Verunsicherung und Desillusionierung, schließlich ein Chaos. Die herrschende Klasse konnte den richtigen Zeitpunkt abwarten.

Die Arbeiterklasse stand dem Putsch hilf- und führungslos gegenüber. Ein weiterer wesentlicher Punkt wurde von den Volksfrontführern total übersehen: die Mittelschicht ebenso wie die breite Basis der Armee können für ein sozialistisches Programm einer breiten Bewegung gewonnen werden. Allende versäumte es offensichtlich, die unteren Breiten Ränge der Armee zu organisieren. Im Gegenteil, er hoffte, die Generäle durch höhere Gehälter gewinnen zu können. Das blutige Ausrotten der besten Kämpfer der Arbeiterklasse war die Folge dieser verhängnisvollen Politik.

Für ganz Westeuropa werden Konsequenzen aus der chilenischen Tragödie in den nächsten Jahren eine Frage auf Leben und Tod für die Arbeiterbewegung werden. Viele Genossen auch und gerade bei den Jusos müssen sich noch darüber klar werden, daß eine Volksfrontregierung stets mit einer Niederlage der Arbeiter enden muß - nicht nur in Chile.

Zunächst einmal möchten wir uns entschuldigen dafür, daß die vierte Ausgabe von "Vorán !" nicht früher erscheinen konnte. Dafür waren technische Gründe und vor allem die Erstellung eines theoretischen Diskussionsdokumentes verantwortlich, so daß die Redaktionsmitglieder sich hauptsächlich damit befaßten. Inzwischen liegt das Dokument vor und wird von vielen Genossen gelesen und diskutiert. Es ist zum Preis von DM 2,50 bei uns erhältlich.

EIN MARXISTISCHES KAMPFPROGRAMM FÜR DIE ARBEITER !

Den zweiten großen Diskussionsbereich bildete die Frage eines marxistischen Programms. Die Führer der Arbeiterparteien sind mit ihrer gegenwärtigen Politik auf der Grundlage des Kapitalismus und Reformismus völlig unfähig, einen Ausweg aus der Krise aufzuzeigen. Für die marxistischen Kräfte in der SPD gilt es deshalb, ein Kampfprogramm anzubieten.

Die Masse der sozialdemokratischen Arbeiter sucht nach einer Lösung. Immer breitere Schichten erkennen, daß der Kampf um die Verteidigung des Lebensstandards unweigerlich verbunden ist mit dem Kampf um die wirtschaftliche und politische Macht. Eine marxistische Tendenz hat die Aufgabe, mit einem Übergangsprogramm die Arbeiter anzusprechen, einem Programm, das ganz konkret die Verbindungen herstellt zwischen Inflation, Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit und der sozialistischen Lösung.

Nur ein Übergangsprogramm kann eine Brücke herstellen zwischen dem alltäglichen Kampf der Arbeiter und dem politischen "Fernziel" des Sozialismus.

Die Jusos sind gegenwärtig nicht in der Lage dazu, Lehrlinge und Jungarbeiter auf solche Weise anzusprechen. Die Forderung nach Abschaffung des dualen Berufsausbildungssystems etwa ist ein treffendes Beispiel für eine bürokratische praxisferne und perspektivlose Forderung.

Die Ausbildung der Jugendlichen unter staatlicher Aufsicht wird im Rahmen des Kapitalismus kaum die Ausbeutung der Jugendlichen aufheben. Eine solche völlig unzulängliche Forderung stellen wir die Forderung nach Verstaatlichung der Großkonzerne unter demokratischer Arbeiterverwaltung entgegen; erst dann wird die Ausbeutung aufgehoben sein. Im Rahmen dieser Perspektive kämpfen wir für gewerkschaftliche Kontrolle aller Ausbildungswege.

Das VORAN! Lesertreffen in Frankfurt verlief insgesamt erfolgreich. Ähnliche monatliche Treffen werden geplant. Einige Genossen erklärten sich bereit, mit regelmäßigen Spenden die Arbeit unserer Zeitung zu unterstützen. Daneben haben Redaktionsmitglieder von VORAN ! vor Jungsozialisten in verschiedenen Bezirken über die politische Position von VORAN ! referiert und mit den Genossen diskutiert.

Wir halten es für wichtig, daß alle Leser und Abonnenten von VORAN ! nach Möglichkeit zu überregionalen Diskussionsveranstaltungen kommen bzw. lokale und regionale Diskussionsgruppen gründen, um den Kampf um ein marxistisches Übergangsprogramm für die arbeitende Jugend in den Jusos aufzunehmen. Wir wären gerne bereit, Euch die Anschriften von anderen Lesern und Abonnenten von VORAN ! in Eurer Gegend mitzuteilen.

Natürlich kann auch ein Genosse von unserer Redaktion vor Eurer Juso-AG referieren. Unterstützt uns beim Aufbau eines starken Sprachrohrs der Linken bei Juso und SPD, daß sich am Marxismus orientiert und daß von jedem Arbeiter gelesen und verstanden werden kann !!

DEN JUSOS DROHT EINE FATALE ENTWICKLUNG !!

Die gegenwärtige Entwicklung bei den Jusos beweist die Dringlichkeit einer klar marxistischen Zeitung. Es ist nicht übertrieben, wenn wir feststellen, daß die alte SOAK-Gruppe im Bezirk Hannover politisch praktisch zusammengebrochen ist.



Innerhalb dieser Tendenz haben sich verschiedene Fraktionen herauskristallisiert - eine Quittung dafür, daß SOAK ohne klare Linie und einheitliche Perspektive eine recht unverbindliche Politik betrieben hat. Was wir in VORAN ! Nr 3 voraussetzten, ist eingetreten: ein ex-SOAK Flügel um den Genossen Helmut Korte hat den Kampf in der SPD und Jusos völlig aufgegeben und versucht jetzt, einige Jusos für seine sektiererische und blinde Politik zu gewinnen. Dies halten wir für verhängnisvoll.

VORAN ! bittet seine Leser und Sympathisanten, die weitere Verbreitung der Zeitung in SPD, Juso und Gewerkschaft aktiv zu unterstützen. Unsere letzte Ausgabe ist restlos ausverkauft. Zum 1. Mai bestellten Genossen in Nordhessen 20, in Berlin 30 Sonderexemplare, Genossen in Stuttgart verkauften bei der DGB-Kundgebung 80 Exemplare.

Die Redaktion VORAN ! plant, in Zukunft neben der regelmäßigen Zeitung auch hin und wieder Flugblätter zur aktuellen Lage zu versenden. Unser vorrangiger kurzfristiger Plan ist jedoch, VORAN ! zu einer Monatszeitung zu machen. Dazu brauchen wir jedoch noch mehr Mitarbeiter, Korrespondenten, Leserpost, ebenso auch finanzielle Unterstützung und die Bereitschaft unserer Leser und Sammelbesteller, VORAN ! auch monatlich zu verkaufen.

Wir haben die Erfahrung gemacht, daß bei Juso- und Gewerkschaftskonferenzen und -veranstaltungen, das Interesse an VORAN ! sehr groß ist.

Die Redaktion VORAN ! plant ebenfalls in den nächsten Monaten die Herausgabe von verschiedenen Broschüren zu folgenden Themen :

- o Kapitalismus oder Sozialismus?-Diskussionsdocument (bereits erschienen)
- o Die Entwicklung in der Sowjetunion seit der Oktoberrevolution. Perspektiven für die sozialistische Demokratie in Osteuropa
- o Eine Analyse der Situation in Nordirland-geschichtlich und historisch
- o Geschichte und aktuelle Berichte der sozialistischen Bewegung in Spanien
- o Mai 1968 in Frankreich
- o Sozialdemokratie in Westeuropa - Bereits erschienen. Exemplare können ab sofort zum Preis von 1,50 DM bestellt werden.

Genossinnen und Genossen ! Unterstützt VORAN !

Die Linke in der SPD braucht ein marxistisches Organ !

VORAN ZUR SOZIALISTISCHEN DEMOKRATIE !!

an
der
basis
aufgeschnappt....



"Unser Land ist in Ordnung. Diese gute Zwischenbilanz werden wir uns nicht zerreden lassen!" Dies verkündete der SPD-Vorsitzende Willy Brandt im Rahmen einer Arbeitskonferenz für Ortsvereinsvorsitzende aus Baden-Württemberg in der Industriestadt Sindelfingen. Er forderte die anwesenden Funktionäre zu eindeutiger Unterstützung der Regierung Schmidt/Genscher auf. Schmidt hatte in seiner Regierungserklärung noch deutlicher ausgedrückt, was Brandt den Ortsvereinsvorsitzenden aus Schwaben klarmachen wollte:

"Unser Staat ist in Ordnung.....Denn die wirtschaftliche Lage ist gut.....unser Volk lebt in sozialer Sicherheit, unser Volk lebt in Freiheit.....der innere Friede ist gefestigt....."

"VORAN !" verzichtet an dieser Stelle auf einen Kommentar zu diesen Äußerungen der beiden SPD - Führer und läßt stattdessen Arbeiter, Angestellte und Rentner zu Wort kommen, die in einer SPD-Ortsvereinsversammlung in der Nähe Sindelfingens über die Äußerungen Brandts und die aktuelle Lage diskutierten:

"Unsere Leute da oben (gemeint sind die SPD-Führer, d.Red.) haben also Allüren an sich, die mit der Arbeiterbewegung rein gar nichts zu tun haben. Annemarie Renger beispielsweise mit ihrer Staatskarosse und ihren Nerzmänteln hat in der SPD nichts zu suchen."

"Die Spitzenfunktionäre von SPD und Gewerkschaften haben riesige Gehälter und Nebeneinkommen. Dadurch kann sich der einfache Arbeiter gar nicht mit dieser Partei identifizieren. Für ihn hat das Wort "Sozialismus" einen schlechten Klang, weil solche "Sozialisten" ungläubwürdig wirken und einen an die Bürokraten im Ostblock erinnern."

"Weshalb versucht die SPD immer, allen Interessen gerecht zu werden? Weshalb geht sie faule Kompromisse ein? Sie muß allen Verleumdungen von rechts klar entgegenreten und die Arbeiter offen über ihre Ziele aufklären!"

"Was soll das Geschwätz vom "Unternehmerrisiko"? Die Bosse der Daimler-Benz-AG tragen absolut kein Risiko. Sie können sich notfalls auch noch von 10 000 Beschäftigten ernähren. Die restlichen 20 000 Arbeiter sitzen dann auf der Straße."

"Die SPD muß vorrangig die Mitglieder darüber aufklären, wer die wirklichen Schuldigen an der Krise sind. Unsummen werden vom Parteivorstand für wertloses und völlig unpolitisches Material verschwendet."

"Unsere Partei muß kämpferischer auftreten und darf Auseinandersetzungen mit den politischen Gegnern nicht aus dem Wege gehen. Mit lauter faulen Kompromissen wirkt sie ungläubwürdig und wird nie eine absolute Mehrheit erreichen."

LESERFORUM

Ein englischer Genosse (pensionierter Metallarbeiter und Altveteran der Arbeiterbewegung) schreibt an VORAN ! :

Liebe Genossen!

Ich würde gerne ein Exemplar von jeder neu erscheinenden VORAN! - Ausgabe zugeschickt bekommen. Teilt mir bitte mit, wieviel ein Jahresabonnement kostet, und ich werde Euch das Geld schicken ... Ich hoffe, mit VORAN ! geht es voran.

Ihr habt eine wirklich schwere Aufgabe auf Euch geladen. Der Anfang in der Entwicklung Eurer Zeitung wird sicherlich sehr mühsam sein. Wahrscheinlich wird die Entwicklung anfänglich auch nicht so rasch vor sich gehen.

Wenn man jedoch die klaren Anzeichen für eine rapide Linksentwicklung in ganz Europa, letztlich auch in Deutschland, betrachtet, so gibt es keine Zweifel daran, daß in den nächsten Jahren die historischen Umstände ein stärkeres Ausbreiten und Anwachsen der Zeitung "VORAN !" bewirken werden.

Ich hoffe sehr, daß ich wieder einmal nach Deutschland kommen kann bevor ich zu alt bin.

Jedenfalls freue ich mich darauf, so bald wie möglich deutsche Genossen in England wieder zu treffen. DE

Hinweis der Redaktion: Der Genosse DE hielt sich 1932 für längere Zeit im Ruhrgebiet auf und hat dabei das letzte Aufbäumen der Arbeiterbewegung und die letzten großen Demonstrationen vor der faschistischen Machtergreifung miterlebt. Im Moment ist er dabei, seine Eindrücke von dieser Zeit und eine historische Einschätzung niederzuschreiben. "Voran !" wird in der nächsten Zeit den Genossen DE -entweder in einem Artikel oder evtl. in Form einer Broschüre - zu Wort kommen lassen.

Werte Genossen!

Bitte schickt an meine Adresse so schnell wie möglich 20 Exemplare der "Voran !" Nr. 3. Wir wollen versuchen, sie auf der zentralen Maikundgebung des DGB hier bei uns zu verkaufen.

Noch schnell ein Wort zur Kritik... :

In Eurem Artikel über den Bundeskongreß der Jusos in München wird meiner Ansicht nach im Abschnitt "Radikalisierte Bevölkerung sucht Alternative" das Problem des Prozesses vom "Proletariat an sich zum Proletariat für sich" d.h. der Prozeß der politischen Bewußtwerdung der Arbeiterklasse zu einfach, mechanistisch dargestellt. Der Artikel läßt leicht den Trugschluß aufkommen, daß die Bevölkerung bereits radikalisiert sei, bereits Verständnis für die Notwendigkeit des Übergangs zum Sozialismus aufbringe. Wenn dem so wäre, dann brauchten wir allerdings "nur" mit einem konsequent marxistischen Programm, das den Ausweg aus der Krise weist, aufzutreten und schon wäre der Weg zur Veränderung beschritten. Aber wir wissen doch alle aus unserer täglichen politischen Praxis in den Betrieben, Universitäten, Schulen und Wohnbezirken, daß das Bewußtsein der Massen notwendigerweise durch die Erscheinungen des kapitalistischen Systems fetischisiert ist, daß es notwendigerweise falsch ist. Gerade hier liegt das größte Problem unserer Arbeit; es muß gelingen, die Erscheinungsebene der kapitalistischen Gesellschaft im Bewußtsein der Massen zu durchstoßen und das Wesen der gesellschaftlichen Widersprüche offenzulegen.

Dies ist die erste Bedingung für sozialistische Politik in der BRD.

Unbestritten ist es, daß die Arbeiter radikalisiert worden sind, was sich -wie Ihr richtig schreibt- in den letzten Streikkämpfen gezeigt hat, nur bedeutet Radikalisierung in den Streik -kämpfen noch kein Klassenbewußtsein. Hier müßte man mit Lenin zwischen der untersten Stufe des politischen Bewußtseins, des "trade-unionistischen" und der höheren Stufe des entwickelten Klassenbewußtseins differenzieren.

Es wäre gut wenn Ihr auf dieses Problem in den nächsten Ausgaben etwas eingehen könntet, denn gerade bei unserer Betriebsarbeit oder der Zusammenarbeit mit der AfA werden wir stets aufs neue mit dieser schwierigen Frage konfrontiert.

Weiterhin viel Erfolg bei Eurer Arbeit, wir werden Euch, so weit wir es können, dabei unterstützen!

Mit sozialistischen Grüßen

KHW, Nordhessen

ANTWORT DER REDAKTION :

Lieber Genosse KHW !

Zunächst noch einmal kurz zu dem von Dir kritisierten Abschnitt "Radikalisierte Bevölkerung sucht Alternative" in Voran Nr. 3.

Wir haben in diesem Abschnitt zum Ausdruck gebracht, daß die sprunghaft angestiegene Kampfbereitschaft der Arbeiter in der BRD in den Streiks 1973/74 ein Anzeichen dafür ist, daß der "Boden für eine sozialistische Politik .. fruchtbar" geworden ist. Weiter hieß es darin, daß die Bevölkerung sich mit den Krisenerscheinungen beschäftigt und von SPD, Regierung und Gewerkschaften eine Antwort auf diese Probleme erwartet. "Die Jusos müssen, wenn sie weiterhin eine ernstzunehmende Kraft politisch sein wollen, vor die radikalisierte Arbeiterklasse mit einem Kampfprogramm gegen Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und steigende Preise treten, das Kampfmaßnahmen mit einer sozialistischen Perspektive verbindet."

Wir stimmen mit Dir darin überein, daß zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Einsicht in die Notwendigkeit des Sozialismus bei der Bevölkerung weitgehend noch nicht vorherrscht. Wenn Du unter einer "Fetischisierung" des Bewußtseins der Massen verstehst, daß die Bevölkerung bisher bei der Suche

nach Lösungen von Problemen den Ansatz isoliert und oberflächlich auf das Problemobjekt beschränkte und nicht an das Grundübel dieser Gesellschaft ging, so ist auch dies richtig. "VORAN !" sieht durchaus die in Deinem Brief angesprochene Problematik ein. Wenn Du speziell den letzten Satz (s.o.) durchliest, so wirst Du merken, daß wir es als Aufgabe der Marxisten betrachten, die "Fetischisierung" aufzuheben und den Arbeitern die Verbindung zwischen ihrem alltäglichen Kampf um höhere Löhne und Beibehaltung der Arbeitsplätze und dem notwendigen sozialistischen Ziel zu zeigen.

Es ist durchaus richtig, daß sich die Radikalisierung breiter Schichten zunächst auf reine Lohnkämpfe beziehen wird, es wäre jedoch falsch anzunehmen, daß sich das Bewußtsein nicht weiterentwickeln wird. Im Kampf gegen ihre Bosse, die allen Streiks erbitterten Widerstand entgegenzusetzen werden, wird ein großer Teil der Arbeiter in den nächsten Jahren durch persönliche Erfahrungen mehr an politischem Bewußtsein erhalten, als es das Befassen mit marxistischer Literatur vermag. Der Prozeß der Verallgemeinerung des Arbeiterbewußtseins von dem Kampf gegen seinen Boß zu der Notwendigkeit

ANTWORT

eines Kampfes gegen die Kapitalisten als gesellschaftliche Klasse wird durch die zunehmende Tendenz dieser Klasse, sich als Klasse zu verhalten, beschleunigt, indem sie beispielsweise Arbeitgeberdemonstrationen gegen Mitbestimmung (Köln 26.3.74) veranstalten, durch ihre Interessenverbände die Staatspolitik zu ihren Gunsten umzukrempeln versuchen.

Dieser Prozeß wird in den nächsten Jahren — auch ohne direkte Einwirkung der Marxisten — von selbst vor sich gehen.

Wir haben in VORAN! schon mehrere Male darauf hingewiesen, daß gerade die Marxisten in diesem Prozeß die Aufgabe haben, die Bewußtseinsentwicklung zunächst bei den gegenwärtig politisch fortgeschrittensten Schichten der Klasse voranzutreiben. Dies kann nach unserer Auffassung nur mit einem Übergangsprogramm vollbracht werden, einem Programm, das vom gegenwärtigen Stand des Bewußtseins der Arbeiter und vom momentanen Stadium der Kämpfe der Klasse ausgeht und die alltäglichen konkreten Probleme in Betrieb, Wohnbereich, Ausbildung etc. zum Ausdruck bringt, ihre Ursachen aufzeigt und durch Übergangsforderungen eine Brücke zwischen dem Alltag und dem sozialistischen Ziel darstellt.

Gerade auch für Eure Arbeit in den Betrieben und in der AfA bietet sich ein Übergangsprogramm an, das die alltäglichen verständlichen Forderungen so formuliert, daß eine echte Lösung zwangsläufig an die Grenzen einer kapitalistischen Gesellschaftsordnung stoßen wird und die Arbeiter sehen, daß die AfA- und Gewerkschaftsforderungen nur dann echt zu erfüllen sind, wenn eine sozialistische Offensive mit Verstaatlichung der Großkonzerne unter minimaler Entschädigung, demokratischer Arbeiterkontrolle und -verwaltung eingeleitet wird. Diese unsere Haltung bedeutet aber keineswegs, daß wir ultimativ am realen Alltagsleben der Klasse vorbeireden wollen. Wir wissen von vorneherein, daß jede Entwicklung des Klassenkampfes "unvollkommen", "fehlerhaft" und teilweise naiv vor sich gehen wird. Wir unterstützen jedoch jeden echten Schritt nach vorne, versuchen aber gleichzeitig auf freundliche Weise, die Unzulänglichkeiten der aufgestellten Forderungen den Beteiligten und der Arbeiterbewegung im allgemeinen klarzumachen.

Wir sind der Meinung, daß die Frage eines Übergangsprogramms gegen die Krise für die Jusos zu einer Frage auf Sein oder Nichtsein als politisch bedeutende Organisation geworden ist. Gerade die Ereignisse der letzten Wochen (Zersplitterung von SOAK, sinkende Mitgliederzahlen der Jusos und Unfähigkeit der JS-Führung zum Durchhalten politischer Konflikte mit der SPD-Führung) bestätigen die Prognosen, die wir in VORAN! Nr. 1 gestellt hatten: die Gefahr einer neuen Desillusionisierung und zahlreicher Abspaltungen.

Die Redaktionsmitglieder von "VORAN!" werden, wie bereits angekündigt, in den nächsten Monaten an der Erstellung eines aktuellen marxistischen Übergangsprogramms weiter arbeiten. Wir fordern alle Leser auf, uns Erfahrungsberichte mit AfA,

Gewerkschaften, Gewerkschaftsjugend, sozialdemokratischen Arbeitern und eigenen Lehrlingsgenossen und konkrete Hinweise auf Mißstände, die die Jugendlichen besonders betreffen, zu schicken; kurz gesagt: für jegliche Form der Mitarbeit wäre VORAN! sehr dankbar. DIE REDAKTION

Liebe Genossen!

Nachdem ich die zweite und dritte Ausgabe von "VORAN!" gelesen habe, glaube ich sagen zu können, daß Ihr mit der Herausgabe dieser Zeitung eine Lücke ausgefüllt habt. Obwohl ich mit Euch inhaltlich grundsätzlich übereinstimme, gibt es einige Aussagen, die eine Kritik, eine Antwort verlangen.

Ich beziehe mich hierbei insbesondere auf den Bericht über die "Sowjetunion heute" in Nr. 3. Es ist auf jeden Fall zu begrüßen, wenn Ihr über die Situation in der Sowjetunion aus marxistischer Sicht berichtet. Nur meine ich, Ihr habt den Fehler gemacht, zwar zu kritisieren, daß in der UdSSR ein erstarrender Bürokratismus besteht, daß es immer noch Schwierigkeiten bei der Versorgung der Bevölkerung gibt und daß gewisse bürgerlich-demokratische Rechte nicht vorhanden sind, Ihr habt aber vergessen (?), zu hinterfragen warum dies denn so ist.

Natürlich ist es zu verurteilen, wenn der Klassenkampf der Arbeiter in den kapitalistischen Staaten von den sozialistischen Staaten nicht nur nicht unterstützt sondern eventuell sogar behindert wird. Aber wenn Ihr kritisiert, daß es in der UdSSR kein Streikrecht gibt, dann muß man auch fragen, gegen wen sich ein Streik der Arbeiter in einem sozialistischen Staat richten sollte, etwa gegen die Besitzer der Betriebe also die Arbeiter selbst?!

Zum anderen meine ich, daß eine gewisse Planung und Lenkung, also ein gewisser "Bürokratismus", aufgrund der geschichtlichen Zusammenhänge und des mangelnden sozialistischen Bewußtseins des sowjetischen Volkes notwendig war. Es ist allerdings jetzt an der Zeit, diesen abzubauen. Doch ist die Beteiligung der Arbeiter an der Planung nach meiner (rein theoretischen) Information auch schon zur Zeit nicht so mangelhaft, wie Ihr es darstellt habt.

Mit sozialistischen Grüßen
KH, Kassel

In dieser Ausgabe war leider nicht genug Platz, um eine Antwort auf diesen Leserbrief abdruckend. Wir werden jedoch in einer künftigen Ausgabe sowie in einer Broschüre intensiv auf diese Problematik eingehen. Zur Unterhaltung bringen wir ein kurzes Beispiel krasen bürokratischen Vorgehens in der UdSSR.
Quelle: Spiegel.

Ich wohnte einigen Stabsmanövern an Bord eines Kreuzers bei. Einer unserer Kommandanten trug in einem Kriegsspiel auf der Karte vor, wie „unsere“ Flotte auf „den Feind“ gestoßen war und ihn in die Flucht geschlagen hatte. Er begann herunterzurasseln, wie „unsere“ Flotte „feindliche“ Schiffe zur Rechten und zur Linken versenkte.

„Wir haben uns bereits den Dardanellen genähert“, sagte er, „nun stoßen wir in das Mittelmeer vor und leiten eine Angriffslandung an der Nordwestküste Afrikas ein.“ Und so weiter und so fort. Er war schrecklich hochmütig.

Mich machte es traurig, ihm zuzuhören. Schließlich konnte ich nicht länger an mich halten. Ich unterbrach ihn und sagte: „Halt, warten Sie. Sie reden mit solcher Gewißheit davon, wie Sie kurzen Prozeß mit dem Feind gemacht haben, und jetzt erzählen Sie mir, daß nichts weiter übrigbleibt, als ihm den Rest zu geben. Haben Sie die Lage denn wirklich richtig eingeschätzt? Wenn dies ein echter Krieg wäre und nicht nur eine Übung auf der Karte, lägen Ihre Schiffe jetzt schon längst auf dem Meeresboden.“

Er guckte mich verdutzt an.

Ich fuhr fort: „Sie haben völlig die Raketen außer acht gelassen, die der Feind gewiß gegen uns eingesetzt hätte — von seinen Küstenbefestigungen und von seinen raketenbestückten Flugzeugen aus. Wir haben ja selbst ein solches System, also wird die andere Seite es sicher auch haben. Es ist schrecklich gefährlich, die Fähigkeiten des Feindes zu unterschätzen.“

Der Kommandant war augenscheinlich perplex.

„Genosse Chruschtschow“, sagte er, „ich habe noch niemals von Flugzeugen gehört, die Raketen abfeuern können. Sie erzählen mir etwas, das für mich völlig neu ist.“

„Dann ist das unser eigenes Versäumnis“, sagte ich ihm. „Alle diese Informationen müssen wohl geheim sein.“ Ich wandte mich an die anderen Mitglieder des Präsidiums und schlug vor: „Genossen, laßt uns die Konferenz unterbrechen und unsere Marineoffiziere mit an Land nehmen, damit sie sich einmal mit unserem Raketen-System vertraut machen können. Es ist wichtig, daß unsere Kommandanten genau wissen, was wir haben und was der Feind hat, sonst werden sie im Kriegfall großen Fehleinschätzungen erliegen und uns in große Schwierigkeiten bringen.“

DIE SPD VOR 60 JAHREN

voran!

— Extra-Ausgabe.

fr. 200 u.

Abonnement-Verhältnisse:
Das Abonnement für ein Jahr (12 Hefen) kostet 1,20 Mk. (Post- und Transportkosten sind nicht inbegriffen). Ein halbjährliches Abonnement kostet 0,70 Mk. (Post- und Transportkosten sind nicht inbegriffen). Einzelhefte kosten 10 Pf. (Post- und Transportkosten sind nicht inbegriffen).
Bestellungen sind an den Verleger zu richten.
Verleger: Rosa Luxemburg, Berlin, Unter den Eichen 15.

Vorwärts

zur sozialistischen
Demokratie!

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Kodaktion: S.W. 48, Lindenstrasse 69.
Druckerei: Rosa Luxemburg, Nr. 1054.

Sonntag, den 25. Juli 1914.

Expedition: S.W. 48, Lindenstrasse 69.
Druckerei: Rosa Luxemburg, Nr. 1054.

Aufruf!

Noch dampfen die Aecker auf dem Balkan von dem Blute der nach Tausenden Hingemordeten, noch rauchen die Trümmer verheerter Städte, verwüsteter Dörfer, noch irren hungernd arbeitslose Männer, verwitwete Frauen und verwaisete Kinder durchs Land, und schon wieder schickt sich die vom österreichischen Imperialismus entfesselte Kriegesfurie an, Tod und Verderben über ganz Europa zu bringen.

Verurteilen wir auch das Treiben der groß-serbischen Nationalisten, so fordert doch die frivole **Kriegsprovokation der Österreichisch-ungarischen Regierung** den schärfsten Protest heraus. Sind doch die Forderungen dieser Regierung so **brutal**, wie sie in der Weltgeschichte noch **nie** an einen selbständigen Staat gestellt sind, und können sie doch nur darauf berechnet sein, den **Krieg geradezu zu provozieren**.

Das **klassenbewusste Proletariat Deutschlands** erhebt im Namen der Menschlichkeit und der Kultur **kammenden Protest** gegen dies verbrecherische Treiben der Kriegesheger. Es fordert gebieterisch von der deutschen Regierung, daß sie ihren Einfluß auf die österreichische Regierung zur Aufrechterhaltung des Friedens ausübe, und falls der schändliche Krieg nicht zu verhindern sein sollte, sich jeder kriegerischen Einmischung enthalte. **Kein Tropfen Blut eines deutschen Soldaten darf dem Machtkitzel der Österreichischen Gewaltthaber, den imperialistischen Profitinteressen geopfert werden.**

Parteienossen, wir fordern Euch auf, sofort in **Massenversammlungen** den **unerschütterlichen Friedenswillen des klassenbewussten Proletariats** zum Ausdruck zu bringen. Eine ernste Stunde ist gekommen, ernster als irgend eine der letzten Jahrzehnte. **Gefahr ist im Verzuge! Der Weltkrieg droht!** Die herrschenden Klassen, die Euch im Frieden knebeln, verachten, ausnutzen, wollen Euch als Kanonensfutter mißbrauchen. Ueberall muß den Gewaltthabern in die Ohren klingen:

Wir wollen keinen Krieg! Nieder mit dem Kriege!

Sich die internationale Völkerverbrüderung!

Berlin, den 25. Juli 1914.

Der Parteivorstand.

Liebe Parteigenossen!

Ab 1.8.14 könnt Ihr solche Aufrufe nicht mehr im Vorwärts lesen; wendet Euch also in Zukunft bitte an: **VORAN,**
46 Dortmund 1, Postlagerkarte
Nr. A 056998